

Preis 15 Groschen

Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Einzelheft für Österreich, auch im Großvertrieb, 15 Groschen Abbestelltermin: Im Einzelverkauf 10 g. bei täglicher Lieferung im Monatsabonnement 51 g. bei täglicher Lieferung ohne Sonntags- nummer, im Wochenabonnement 48 g. bei täglicher Lieferung im Monats- abonnement 2 8 80 g Bei tgl. Lieferung ohne Sonntagsnummer im Monatsabonnement 1 8 80 g	Für Wien: Monatsabonnement in Zweiten und Brieflichdruck . 75 g Wochenabonnement 3 8 - g Für Vorort: Monatsabonnement mit Zustellung 3 8 - g Nachsch: Zusätzl: Sonntags & Gekürzte, Belgien 140 Bsm, Zürich: Sonntags 20 Bsm, Italien 10 Bsm, Polen 8 Bsm Schweiz & Schweizer Kantone, übrige Ausland & Schweizer Kantone	Redaktion: 8. Bezirk, Albrechtsbr. Nr. 60. - Telefon Nr. 204-84 Vertriebsstellen: Einzelverkauf: - Telefon Nummer 312-49 Abbestelltermin: 8. Bezirk, Albrechtsbr. Nr. 60. - Telefon Nr. 204-84 Vertrieb: 8. Bezirk, Albrechtsbr. Nr. 60. - Telefon Nummer 204-84 Erscheint täglich um 6 Uhr früh mit Ausnahme des Montags
--	---	---

Nr. 210

Wien, Sonntag, 6. September 1925

8. Jahrgang.

Der ursprünglich für Juli und dann auf September 1925 verschobene 8. Parteitag der KPÖ brachte zwar nicht die von der KPÖ in Schlagzeilen verkündete Einheitlichkeit der Partei (*Ein Wendepunkt! Die KPÖ einheitlich!* - Rote Fahne, 15.9.1925), sie brachte aber eine (Vor-) Entscheidung zwischen den innerparteilichen Blöcken: einerseits das Bündnis von Frey, Tomann und Koritschoner und auf der anderen Seite der Block um Johann Koplenig / Gottlieb Fiala (und Teilen der alten Frey-Fraktion um Hexmann, Donauer etc.). Frey wurde auf vergleichsweise unwichtige Posten abgeschoben, der Ausschluss folgte aber erst Anfang 1927. Auch Tomanns Ausschluss ließ noch auf sich warten - in seinem Fall sogar noch bis 1932.

Die Niederlage des Blocks um Frey / Tomann am 8. Parteitag stellte jedenfalls die Weichen für die Konsolidierung der Pufferfraktion um Koplenig und Fiala - ganz im Sinne des Exekutivkomitees der III. Internationale und des stalinistischen Flügels in der Komintern.

Manfred Scharinger, 20.4.2026

Artikel, Resolutionen, Beiträge etc. von Josef Frey für den 8. Parteitag (1925) in der *Roten Fahne*, Zentralorgan der KPÖ

Nr.		Datum, Nr., Seite(n)	Seiten
1	Thesen über die Taktik der KPOe. zum 8. Parteitag, vorgelegt von J. Frey	29.7.1925, Nr.177, S.4	1
2	Resolution zum Tätigkeitsbericht. Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt, von Frey, Tomann, Koritschoner, Ketzlik, Deubler, Stift und Genossen	2.9.1925, Nr.206, Beilage S.3-4	2
3-1	Thesen über die Taktik der KPOe. Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt, von Frey, Tomann, Koritschoner, Ketzlik, Deubler, Stift und Genossen [Teil 1]	2.9.1925, Nr.206, Beilage S.4	1
3-2	Thesen über die Taktik der KPOe. Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt, von Frey, Tomann, Koritschoner, Ketzlik, Deubler, Stift und Genossen [Teil 2]	5.9.1925, Nr.209, S.5	1
5-1	Josef Frey: Die nächsten Aufgaben und die Gesundung der Partei [Teil 1]	5.9.1925, Nr.209, S.5-6	2
5-2	Josef Frey: Die nächsten Aufgaben und die Gesundung der Partei [Teil 2]	6.9.1925, Nr.210, S.5	1
5-3	Josef Frey: Die nächsten Aufgaben und die Gesundung der Partei	9.9.1925, Nr.212, S.5	1
5-4	Josef Frey: Die nächsten Aufgaben und die Gesundung der Partei [Teil 3]	10.9.1925, Nr.213, S.6	1
5-5	Josef Frey: Die nächsten Aufgaben und die Gesundung der Partei [Teil 4]	11.9.1925, Nr.214, S.6	1
5-6	Josef Frey: Die nächsten Aufgaben und die Gesundung der Partei [Teil 5]	12.9.1925, Nr.215, S.5-6	2
6	Josef Frey: Habe ich die politischen Fehler, die mir vorgehalten werden, wirklich begangen?	12.9.1925, Nr.215, S.6	1
7	Josef Frey: Koreferat zum Bericht [des Parteivorstands auf dem 8. Parteitag]	17.9.1925, Nr.219, S.4	1
8	Die Diskussion auf dem VIII. Parteitag. Schluß der Debatte über den Bericht. Genosse Frey	18.9.1925, Nr.220, S.6	1

Resolution zum Tätigkeitsbericht.

Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt von Freh, Lomann, Koritschoner, Rehlitz, Deubler, Stiff und Genossen.

Auf Wunsch der obengenannten Genossen bringen wir folgende Resolution, Thesen und Erklärungen in der von ihnen gewünschten Reihenfolge.

Die Red.

Die Hauptwurzel der ideologischen Unklarheit der Partei liegt von allem Anfang an in der vorzeitigen Geburt der Partei, deren Gründung taktischerweise erst einige Monate später hätte erfolgen sollen, nämlich erst, nachdem in der Arbeitererschaft, die durch die Verschmelzung des „Linken“ Arbeiter mit den Sozialpatrioten in vollkommener Illusion befangen war, durch die Prozis der sozialdemokratischen Koalitionspolitik die ersten ernststen Zweifel an der Sozialdemokratie hervorgerufen worden waren. Die vorzeitige Gründung hatte zur Folge, daß sich der Partei Proletariat angeschlossen, deren Kampf- und Opferwillen gewaltig war, die aber politisch unerfahren und ideologisch sehr unklar waren. Die ideologische Unklarheit setzte sich und mußte sich in der Praxis der Partei immer wieder in Fehler umsetzen und wuch nur auf dem Wege bitterster Erfahrungen überaus langsam einer gewissen Klärung. Selbst 1922, das Jahr vor dem 6. Parteitag, wo ein merklicher Aufstieg zu verzeichnen war, war nicht frei von manchen Unklarheiten und manchen Fehlern.

Der Zeitabschnitt, über welchen der Tätigkeitsbericht auf dem 8. Parteitag zu erstatten ist, umfaßt den ganzen Zeitraum vom 6. Parteitag, März 1923, bis zum heutigen 8. Parteitag.

Vom 6. Parteitag bis zur Reichskonferenz November 1924.

Diese Periode ist durch folgende Hauptfehler charakterisiert: Mangel einer politischen Linie, Schwanken, Taktik des Nachhineins, Mangel einer genügend konkreten Durcharbeitung des Stoffes, die Stimmung der Masse als zu ausschließlich bestimmender Faktor für die taktische Entscheidung, Mangel an organisatorischer und überhaupt systematischer Arbeit. Diese Hauptfehler zeigten sich wie auf allen Gebieten auch auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit. Insbesondere bestand die Kluft zwischen der Gewerkschaftsarbeit und der Partei weiter.

Diese Fehler führten und mußten führen trotz der aufopferndsten Arbeit der leitenden Genossen und der ganzen Partei zu einem Rückgang des politischen Einflusses der Partei.

Parteipolitisch suchte die damalige Führung ihre Autorität fast nur mechanisch zu verankern. Der schwerste Fehler, den sie da beging, war die Unterbindung der Diskussion. Indem die geistige Klärung der Partei gehemmt wurde, war der Partei das wirksamste Mittel genommen, die Parteikrise, die nur der äußere Ausdruck der tiefen ideologischen Verwirrung der Partei war und ist, zu liquidieren, was im höchsten Maße den schleppenden Verlauf der Krise herbeigeführt hat.

Die Hauptfehler, die sich aus dieser ersten Periode der Parteikrise für die weitere Arbeit der Partei ergeben, sind:

1. Unbedingte Notwendigkeit einer richtigen Linie als erste Grundvoraussetzung zum Erfolg. Die Führung muß den Mut haben, Fehler einzusehen, sie vor der Partei zu bekennen und sie vor der Partei zu korrigieren.

2. Volkswirtschaftliche Diskussion, d. h., Diskussionsfreiheit in dem Rahmen, der durch die Statuten und die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale gezogen ist. Diesen Rahmen muß die Parteiführung so weit offen lassen, daß eine Korrektur der Parteiführung durch die Partei und eine Korrektur der Partei an sich selbst möglich ist, was bei wichtigen Fehlern, Unklarheiten, Meinungsverschiedenheiten nur geschehen kann durch ideologische Klärung auf dem Wege einer sachlichen, kameradschaftlichen, freimütigen Diskussion.

3. Unterordnung jeder Arbeit, also auch der gewerkschaftlichen Arbeit, unter die Partei.

Von der Reichskonferenz bis zum 8. Parteitag.

Diese zweite Periode der Parteikrise ist charakterisiert durch den Versuch der Partei, die richtige Linie gebieterisch zu erarbeiten. In dieser Richtung hin wurden die meisten Fehler der ersten Periode auf Grund der Beschlüsse des 6. Weltkongresses und der Erweiterten Exekutive vom April 1925 theoretisch korrigiert. Was allerdings nicht gehindert hat, daß eine Reihe neuer ideologischer Fehler begangen wurden. Zum Beispiel Uberschwängliche Vorgeeinschätzung („unmittelbar“ revolutionäre Situation, Perspektive des raschen Zerfalls der S. W.); Ablehnung von politischen Kampagnen als einer „Organisationsfummel“; die unklare Lösung „Aktionspolitik statt Propagandapolitik“, während sich die Partei darüber klar ist, daß die KPD. gegenwärtig zu jener ersten Gruppe kommunistischer Parteien gehört, welche die Erweiterte Exekutive im April 1925 als solche bezeichnet, „die erst noch eine vorwiegende propagandistische Periode durchmachen, also die ersten Schritte in der Sammlung breiter Massen unter dem Banner des Kommunismus tun“, womit zugleich gesagt ist, daß die Partei Aktionen unternimmt, aber Aktionen, die ihrer Kraft entsprechen, und die sie politisch, propagandistisch, organisatorisch gründlich vorbereitet; weiter viele Unklarheiten in der Einheitsfronttaktik; Unklarheiten in bezug auf die Hauptlösung der Arbeiter- und Bauernregierung; die negative Einstellung in der Steuerpolitik, die die Wirkung der Agitation der Partei abgeschwächt hat; andererseits wieder ein die spontanen Massenbewegungen lediglich abwarten wollen „Spontanitätstheorie“, während es Aufgabe der KPD. ist, darüber hinaus Massenbewegungen auszulösen; schließlich wurde

auch weiterhin an einer rein negativen, bzw. ausweichenden Einstellung in bezug auf die außenpolitische Orientierung der Partei festgehalten, was den Kampf gegen die faschistische Ideologie aber auch gegen die Anschlagspolitik der sozialdemokratischen Führer erschwert hat.

Das Hauptcharakteristikum aber der zweiten Periode ist: die Führung hat selbst dort, wo sie ideologisch richtig eingestellt war, in der praktischen Durchführung vollkommen versagt. Fast alle Fehler der ersten Periode, die theoretisch als Fehler richtig erkannt worden waren, wurden in der Praxis, u. zw. verstärkt, wiederholt: ständiges Hin- und Herschwanzen, Schwanzpolitik, Mangel jeder konkreten Durcharbeitung des Stoffes, Mangel an organisatorischer und systematischer Arbeit überhaupt, im Verhältnis der Gewerkschaftsarbeit zur Partei trotz theoretisch richtiger Erkenntnis in der Praxis lediglich ein Nebeneinanderlaufen.

Die neuen ideologischen Fehler, vor allem aber das vollkommene Versagen in der praktischen Durchführung selbst der theoretisch als richtig erkannten Linie führte dazu, daß der Rückgang des politischen Einflusses der Partei weiterhin, und zwar noch verstärkt, vor sich ging und noch immer vor sich geht.

Die Hauptlehre der zweiten Periode ist: es genügt nicht, die Fehler theoretisch richtig zu erkennen und eine ideologische richtige Linie zu erarbeiten, sondern zum Erfolg ist darüber hinaus noch notwendig, die Erfüllung der viel, viel schwereren Aufgabe: die ideologische richtige Linie auch praktisch richtig in die Tat umzusetzen.

Auch in parteipolitischer Beziehung schien die zweite Periode zunächst einen gewissen Fortschritt zu bringen. Der Entschluß schließlich den Parteitag zu verschieben, um durch eine öffentliche, in der „Roten Fahne“ geführte breite, kameradschaftliche, freimütige, auch die Erfahrungen der Vergangenheit miteinschließende Diskussion die geistige Verwirrung, die die Grundwurzel der Parteikrise ist, durch ideologische Klärung zu überwinden, bedeutet, daß zum erstenmal seit dem Scheitern der Diskussion im Januar 1923 wiederum der einzig mögliche Weg zur Klärung, zur Gesundung der Partei betreten wurde. Das war der Anlauf zum entscheidenden Sprung nach vorwärts in der Richtung zur Gesundung der Partei.

Aber — und das ist der verhängnisvolle Fehler der zweiten Periode — es ist nur beim Anlauf geblieben. Seit jenem Verschiebungsbeschluss (zweite Hälfte Juli) begann wieder die lediglich mechanische Verteidigung der Autorität der Führung und vor allem: der Parteitag wurde doch verschoben, um die nötige Zeit für die Diskussion zu schaffen und in der Praxis dann wurde die Diskussion vollkommen unterbunden. Lange Wochen sind verstrichen, ohne daß die Diskussionsartikel, die aus allen Teilen der Partei schon längst vorliegen, veröffentlicht worden wären.

Die Diskussion in den „Volschewik“ abzuschließen bedeutet, daß 90 Prozent von der Diskussion nichts erfahren, vom Klärungsprozeß ausgeschlossen sind, und daß die restlichen 10 Prozent den „Volschewik“ in die Hand erst bekommen zu einer Zeit, wo sie nicht mehr imstande sind, die verschiedenen Argumente so zu drücken, daß davon der Parteitag irgendwie geistig beeinflusst werden könnte. Der Versuch der Abschiebung in den „Volschewik“ gibt statt einer wirklichen Diskussion nur den Schein einer Diskussion.

Eine weitere Verschiebung des Parteitages zur Durchführung der Diskussion als der unumgänglichen Voraussetzung der Parteigesundung, zur geistigen Klärung der Gesamtmitgliedschaft und zur ideologisch gründlichen Vorbereitung des Parteitages wäre eine unbedingte Notwendigkeit gewesen. Bei dem Verhalten der Parteiführung zur Frage der Diskussion hätte das Aufrollen eines Kampfes um die Diskussion die Gemüter in der Partei derart erhitzt, daß das für den Parteitag unbedingt notwendige ruhige Überlegen und Erwägen gefährdet worden wäre. Darum mußte dieser Kampf unterbleiben, so unumgänglich notwendig auch die Diskussion für die Gesundung der Partei war und ist.

Der Parteitag stellt fest: Zudem die Parteiführung die Diskussion und damit den geistigen Klärungsprozeß der Partei unterbunden hat, hat sie den Gesundungsprozeß der Partei erschwert.

Der Parteitag verurteilt dieses kurzfristige Verhalten der Parteiführung, die das Interesse eines Teiles, der nicht den Mut hat, seine politischen Fehler vor der Partei offen zu bekennen und sie offen vor der Partei zu korrigieren, stellt über das oberste Gesamtinteresse der Partei, welches lautet: Gesundung der Partei, die einzig und allein durch ideologische Klärung auf dem Weg der Diskussion zu erreichen ist.

Der Parteitag erwartet, daß die künftige Führung aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernend die Fehler

der Vergangenheit nicht wiederholt, insbesondere aber erwartet der Parteitag, daß die künftige Führung die Linie der Partei richtig durchführt.

Erklärung.

Auf Grund des letzten Beschlusses der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, alle persönlichen Differenzen im Interesse der Partei auszuschalten und, um dem kommenden Parteitag die Arbeit zu erleichtern, haben sich die Endesgefertigten zusammengefunden und durch kameradschaftliche Ansprache alle persönlichen Differenzen, die sie trennten, reiflos bereinigt.

Wien, am 31. August 1925.

Karl Lomann, Josef Frey, Franz Koritschoner.

Erklärung.

Ich stehe hiermit meinen am 20. Juli in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Antrag zum Parteitag (Thesen über die Taktik der Partei) zurück.

Wien, am 31. August 1925.

Josef Frey.

Erklärung.

Wir ziehen hiermit unseren am 12. Juli in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Antrag zum Parteitag (Aktionsprogramm der KPD., Antrag 2) zurück.

Wien, am 31. August 1925.

Karl Lomann, Franz Koritschoner, Leopold Kornil.

Erklärung.

Die Ursache jahrelanger Parteikrise ist vor allem darin zu suchen, daß die in der Partei vorhandenen Gegensätze politisch nicht ausgetragen wurden und dadurch persönliche Formen annehmen mußten. Das Wichtigste in dieser Situation wäre gewesen, eine gründliche auf breiter Grundlage geführte politische Diskussion anzuknüpfen, aus der Vergangenheit lernend, die Taktik für die Zukunft zu bestimmen.

Schon vor 1½ Jahren wurde dieser Versuch unternommen, die Artikel lagen aber 1½ Jahre un veröffentlicht in der Redaktion. Der P.S. beschloß, vor dem Parteitag im Sinne breiterer Diskussionsmöglichkeit vorzugehen und nur deshalb haben wir gegen die Verschiebung des Parteitages auf weitere 1½ Monate nicht in wirksamer Weise Stellung genommen, weil wir der Ansicht waren, daß nur durch diese politische Diskussion Klärung und dadurch Einheitlichkeit in die Parteiführung gebracht werden kann. Die Einleitung der Diskussion, die ein getreues Abbild der tatsächlichen Verhältnisse im Parteivorstand war und dazu führte, daß nicht nur drei verschiedene Thesenentwürfe vorlagen und ein vierter bereits angeknüpft war, sondern auch dazu, daß sich zu den von den Genossen Kasperle, Wegener, Fürberg usw. vorgelegten Thesen der Parteivorstandsmehrheit die Antragsteller selbst nicht bekennen wollten, haben mich veranlaßt, nachdem vier Wochen ohne jede Diskussion nutzlos verstrichen waren, den Vorschlag zu machen, einheitliche Thesen auszuarbeiten, um in der kurzen Zeit die noch zur Verfügung stehende Diskussion besser auf die Differenzpunkte konzentrieren zu können. Die Thesen, welche auf Grundlage der drei veröffentlichten Entwürfe, unter regierender Mitarbeit unserer Genossen ausgearbeitet wurden, sind vom Sammelbe lebhaft dazu verwendet worden, sich eine geeignete Fraktionsplattform zu schaffen. Gingen wir vom einheitlichen Bestreben aus, die Partei aus der Atmosphäre persönlicher Intrigen zu politischer Klärung zu führen, so wurde auf der anderen Seite durch die von Schlämm, Hermann und Genossen in der „Roten Fahne“ Nr. 176 vom 11. Juli veröffentlichte Erklärung in demselben Augenblicke, wo sich alle Geister in der Partei von allen persönlichen Fragen abwendend zur politischen Klärung konzentrierten, noch einmal der Versuch unternommen, durch Aufwerfung persönlicher Fragen die politische Konzentration und dadurch den Klärungs- und Gesundungsprozeß der Partei zu stören.

Von der Erkenntnis durchdrungen, daß alle persönlichen Gegensätze liquidiert werden müssen, ist es notwendig, gegen diese Methoden des Sammelbe, eine Einigung aller Kräfte der kommunistischen Partei herbeizuführen im Sinne ihrer Volschewisierung.

Von diesem Gedanken ausgehend, werden die Genossen der Minderheit des Parteivorstandes einen Thesenentwurf vorlegen, von dem sie glauben, daß er durch die Klärung aller persönlichen Gegensätze geeignet ist, die Gesundung der Partei und ihre bolschewistische Entwicklung zu sichern.

Wien, 31. August 1925.

Franz Koritschoner.

Thesen über die Taktik der KPDe.

Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt von Freh, Lomann, Koritschoner, Reblil, Deubler, Stiff und Genossen.

Die Lage.

Die Lage im Weltmarkte ist objektiv revolutionär. Die Zerlegungsstendenzen beginnen wieder die Stabilisierungsstendenzen zu überwiegen (China, Marokko).

Auch in Oesterreich ist die Lage objektiv revolutionär. Oesterreich in seiner heutigen Form ist auf kapitalistischer Basis lebensunfähig. Es muß den Großteil seiner Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Auslande beziehen und hat den Großteil seiner Absatzmärkte verloren. Die kapitalistische Sanierung hat daran nichts geändert, denn sie war und ist nicht imstande, zu bewirken, daß der gesamte vorhandene Wirtschaftapparat so verwendet werden könnte, daß er den Kapitalisten den Durchschnittsprofit abwirft. Ein bedeutender Teil des Industrieparates ist endgültig entwertet, und zwar nicht nur im österreichischen Rahmen, sondern im Rahmen eines beliebigen größeren kapitalistischen Wirtschafts- oder Staatsgebietes. Die Arbeitslosigkeit nimmt nach Zahl und Dauer einen Umfang an, der relativ größer ist als irgendwo auf der Welt. Die kapitalistische Sanierung wäre nur möglich, wenn das österreichische Proletariat bereit wäre, sich zu Hunderttausenden widerstandslos vernichten zu lassen. Das ist trotz aller reformistischen Verleumdung bei dem Klassenbewußtsein des österreichischen Proletariats unmöglich. Darum ist die kapitalistische Sanierung Oesterreichs unmöglich. Die Sanierung Oesterreichs ist möglich nur auf kommunistischer Basis, auf der Basis der proletarischen Diktatur.

Der Kurs der verschärften Konterrevolution.

An der innerpolitischen Front steht das österreichische Proletariat, dessen Kampfmittel mit dem Schwinden der Sanierungsillusion langsam wieder anzusteigen beginnt, der Front der Bourgeoisie gegenüber, deren rechten (faschistischen) Flügel die Hetzpel-Gruppe, deren linken („demokratischen“) Flügel die österreichische Sozialdemokratie bildet. Wie in allen Ländern seit der Weltkriege, so hat auch in Oesterreich die Bourgeoisie für ihre Politik zwei Eisen im Feuer. Gegenwärtig treibt sie unter dem Druck ihres rechten, faschistischen Flügels den Kurs der verschärften Konterrevolution. In nicht sehr ferner Zeit wird sie vor der Existenzfrage stehen, ihre dritte Partei, die Sozialdemokratie, in die Regierung aufzunehmen, die Methoden der verschärften konterrevolutionären Gewalt abblenden durch die „demokratischen“ Methoden, durch den „demokratischen“ Kurs der verschärften konterrevolutionären Betrug, um sich mit Hilfe der Täuschungspolitik der sozialdemokratischen Führer die nötige Atempause zu schaffen für einen noch gewalttätigeren konterrevolutionären Kurs.

Die Sozialdemokratie ist die dritte Partei der Bourgeoisie. Die einzige Arbeiterpartei ist die kommunistische Partei. Diese Forderungen dürfen durch lediglich phonographenartige Wiederholung nicht abgeschwächt werden. Die Partei muß die Wichtigkeit dieser Forderungen den Proletariaten immer wieder politisch aus den österreichischen Verhältnissen heraus erweisen.

Daß die Bourgeoisie auf ihrem konterrevolutionären Vormarsch so weit kommen, daß die sozialdemokratischen Führer dieses Vortäuschens durch ihre Verratspolitik so wirkungslos unterstützen konnten, das wurde erleichtert durch die Genossen und die Dames-Illusionen und gefördert durch das politische und gesellschaftliche Verfall der KPDe. vom 8. Parteitag bis heute.

Die nächsten zentralen Aufgaben der Partei.

Die Befreiung des österreichischen Proletariats aus der Ausbeutung und Unterdrückung durch die österreichischen Kapitalisten und aus der imperialistischen Verfassung, die sich äußert einerseits in der Ausbeutung durch die Auslandskapitalisten, andererseits darin, daß die große und kleine Entente das österreichische Volk Oesterreichs hindern, sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben, ist zu verwirklichen nur auf einem einzigen Wege: auf dem Wege der proletarischen Revolution. Die proletarische Revolution in Oesterreich zu organisieren und zum Siege zu führen, ist die Aufgabe der KPDe. Sie wird sie bewältigen, indem sie getreu den Bolschewikthesen der Erweiterten Exekutive vom April 1926 die Bolschewisierung der Partei auf allen Gebieten ernst, energisch, ausdauernd, systematisch durchzuführen wird.

Die nächsten Hauptaufgaben, die sich auf diesem Wege der Partei stellen, sind: mit der großen Masse des österreichischen Proletariats wieder Fühlung zu gewinnen, die Eroberung der ausschlaggebenden Schichten des österreichischen Proletariats in Angriff zu nehmen und die Heranziehung der bäuerlichen Masse an die revolutionäre Front einzuleiten.

Die Taktik der Einheitsfront.

Das wichtigste taktische Mittel zur Bewältigung der nächsten zentralen Aufgaben der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Taktik der Einheitsfront, die nur eine solche ist der revolutionären Agitation, Organisation und Mobilisation der Massen. Die KPDe. kämpft für alle Tagesnöte des Proletariats und setzt eifrig ihre ganze Kraft ein, die einseitige proletarische Kampffront aufzulösen. Weil der Mechanismus der sozialdemokratischen Politik das Eingehen der sozialdemokratischen Führer auf die ehrlichen Angebote der KP., für die Tagesnöte des Proletariats erst in einseitigen Kampf zu treten, absolut ausschließt — denn jeder ernste Kampf für die proletarischen Tagesfragen macht die Durchführung der kapitalistischen Sanierung unmöglich, die unter allen Umständen zu sichern das mittlere Ziel aller sozialdemokratischen Politik ist — darum kommt die einseitige proletarische Kampffront nicht zustande, darum kann sie nicht aufrechterhalten werden, darum führt die Einheitsfronttaktik unermüdlich zur Entlarvung der sozialdemokratischen Führer, darum ist eine Koalition der KP. mit der Sozialdemokratie absolut ausgeschlossen. Dagegen die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern kann, muß und wird die Partei verwirklichen, indem sie, solange die sozialdemokratischen Führer eine bedeutende Macht sind, die Taktik der Einheitsfront von unten kombinieren wird mit der von oben, wobei jedoch für die Durchführung die Einheit von unten in jedem Fall die Grundlage bilden muß.

Bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik wird die Partei, alle rechten und linken Gefahren vermeidend, die konkreten Umstände des Ortes, der Zeit und des politischen Stoffes berücksichtigend, initiativ vorgehen, nicht mechanisch verfahren, organisatorische Anlauf, Hilfs-, Stützpunkte für den einseitigen Kampf schaffen und ausbauen, bei allen Verhandlungen mit gegnerischen Spitzen immer und unter allen Umständen die kommunistische Selbstständigkeit und die Offenheit der Verhandlungen wahren und durch kluges Manövrieren alle Täuschungsmanöver, womit sich die sozialdemokratischen Führer, die Schuld auf die

KP. schiebend, vom einseitigen Kampfe abziehen wollen, verhindern.

Die KPDe. wendet die Einheitsfronttaktik an: um den Proletariat im Kampf mit seinen Tagesnöten zu helfen; um die proletarischen Massen der KP., der einzigen Arbeiterpartei, zu nähern; letzten Endes um die Massen im wachsenden Maße in Kampf zu führen und durch die Kämpfe zu mobilisieren für den revolutionären Befreiungskampf. Die KPDe. wird im Kampfe für die proletarischen Tagesfragen immer auch die kommunistischen Endziele aufzeigen, in allen Kämpfen die Machfrage anstellen und sie zusammenfassend durch die zentrale Machfrage der Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Arbeiter- und Bauernregierung ist nur eine andere Bezeichnung für die proletarische Diktatur, eine Bezeichnung, die klar und den Massen verständlich aufzeigen will, daß die proletarische Diktatur sich auf das Proletariat und seine bewaffneten und unbewaffneten Klassenorgane stützt, aber herrscht, regiert, verwaltet im Interesse aller Ausbeuteten, der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der Städte und Dorfbewohner, der Kleinrentner, der kleinen und mittleren Bauern, der kleinen und mittleren Handwerker, der kleinen und mittleren Kaufleute, die nicht ausbeuten, sondern ihrerseits vom Kapital ausgebeutet werden, die Mittelbesitzer insbesondere. Die Partei wird immer ungenügend aufzeigen, daß die Arbeiter- und Bauernregierung niemals durch parlamentarischen Fußangel, sondern einzig und allein durch die revolutionäre Massenaktion zu verwirklichen ist, durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie und die Ausrückung der Souveränität, erklärt: von den Werktätigen, insbesondere von den besten Teilen der werktätigen Bauern unter der Führung des Proletariats im Bürgerkrieg.

Die Arbeiter- und Bauernregierung ist keine Koalition sozialer Kommunisten und Sozialdemokraten, sie ist keine liberale „Arbeiterregierung“, sie ist keine sozialdemokratische „Arbeiterregierung“, mag diese eine Arbeiter- oder Mehrheitsregierung sein. Die KPDe. rechnet mit der Möglichkeit sogar einer sozialdemokratischen Alleinregierung in Oesterreich. Sie weiß, daß selbst eine sozialdemokratische Mehrheitsregierung immer und unter allen Umständen Koalitionspolitik treiben wird, das heißt niemals die Regierungsmacht als Kampfinstrument gebrauchen wird zur Befreiung der Bourgeoisie. Dennoch wird die KPDe. nicht unter allen Umständen für den sofortigen Sturz einer sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ in Oesterreich eintreten. Die Partei stellt sich darauf ein, daß sie der sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ möglicherweise die Gelegenheit geben wird, durch eine genügende Praxis den wahren, verräterischen Charakter der sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ vor den proletarischen Massen zu enthüllen.

Als besonders wichtige Lösungen im Kampfe um die Arbeiter- und Bauernregierung wird die Partei die Forderungen der proletarischen Produktionskontrolle, der Bewaffnung des Proletariats und des Betriebsratsgesetzes hervorheben.

(Schluß folgt.)

Eigentümer: Kommunistische Partei, Wien, VII., Arbeiterstraße 24. — Herausgeber: Johann Kogler, Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Adolf Brill, Wien, VII., Berggasse 1. — Druck: Druckhaus „Kommunistischer“.

Zum VIII. Parteitag.

Thesen über die Taktik der KPD.

Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt von Frey, Lomann, Korfthöner, Kehl, Deubler, Stitt und Genossen.

(Vorlesung und Schluß.)

Sonstige taktische Fragen.

Die Partei lehnt die Schwachpolitik als rechte Abweichung ab und wird künftig zur richtigen Zeit, am richtigen Ort, auch dem politischen Stoffe nach richtig konzentrieren.

In der Agrarfrage wird die Partei stets eintreten für entschädigungsgelose Enteignung aller großen Grundbesitze sowie aller Kirchengüter und für deren kostenfreie Verteilung an die Landproletariat und landarmen Bauern.

In der Steuerfrage wird die Partei kämpfen für die Lösung: Keine Lasten auf das Proletariat, alle Lasten auf die Bourgeoisie!

Der wichtigste Teil der Volkserziehungsaufgabe der Partei ist gegenwärtig die richtige Arbeit in den Gewerkschaften. Die Partei wird eine richtige Gewerkschaftsarbeit nur leisten können, indem sie die einseitigen Entscheidungen der KZ. vermeidet. Oberflächliche Arbeit überall und ganz besonders auf dem gewerkschaftlichen Gebiet bekämpfend, wird die Partei zur konsequentesten Behandlung des gewerkschaftlichen Stoffes übergehen. Die gegenwärtig wichtigsten Gewerkschaftsaufgaben sind: die Bekämpfung der Ausbeutung; die Rückführung der Ausgetretenen und Ausgeschlossenen; der Kampf für die Gewerkschaftseinheit überhaupt in nationalen und internationalen Maßstab; der Kampf um die Eroberung der gewerkschaftlichen Positionen innerhalb der Gewerkschaften zur Eroberung und Revolutionierung der Gewerkschaften; die Auslösung von Kämpfen um höheren Lohn, um die Verteilung des Achtstundentages und aller sozialpolitischen Erwerbsfragen und um die Bekämpfung einer wirtlichen Alters- und Invalidenversicherung sowie die aktive Teilnahme an allen Kämpfen um Lohn, Arbeitszeit und um Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialpolitischen Erwerbsfragen und das Zusammenfassen und Koordinieren aller dieser Kämpfe zum politischen ökonomischen Kampfe.

Die nächste organisatorische Samstagsarbeit.

Durch planmäßige, beschleunigte Umstellung der Parteiorganisation auf die Betriebszellen, als grundlegende Parteizellen, wird die Partei die Volkserziehung auch organisatorisch durchführen.

Anhang über die außenpolitische Orientierung.

Zwei Auffassungen über die außenpolitische Orientierung stehen einander gegenüber:

Die eine sagt: Der Genfer Pakt hat Österreich zur Kolonie der großen und kleinen Entente gemacht und dem österreichischen Proletariat die Doppelfront der österreichischen und der Ententekapitalisten entgegengesetzt. Die Genfer Sanierung ist bankrott, die Doppelfront aber ist geblieben. Die Entente-Imperialisten suchen für ihre Kolonialherrschaft eine festere Form: Donau-Österreich, Balkan, „Selbständigkeit“ Österreich mit handels-

politischen Erleichterungen usw. Diesen imperialistischen Plänen, die die dauernde Anrechnung des vorläufigen Belles Österreich sichern und zugleich ein neues Kampfinstrument gegen die Sowjetmacht schaffen wollen, setzt die K. P. O. den Kampf entgegen für die Lösung: Anschluß an Deutschland durch die Revolution unter dem Banner der proletarischen Diktatur! Diese Orientierung trägt am meisten zur Stärkung der Sowjetmacht bei, denn sie ist gerichtet gegen die imperialistischen Pläne der großen und kleinen Entente, dieser verhassten Feinde der Sowjetmacht. Diese Orientierung ermöglicht aber zugleich am besten die Entlastung des Anschlußschwindes der großdeutschen und der sozialdemokratischen Führer.

Die andere sagt: Im Kampf gegen den Genfer Slavenvertrag und seine Folgen, Unternehmerrückfälligkeit, Entproletarisierung der Mehrmacht usw. muß das österreichische Proletariat seine oberste Aufgabe erfüllen. Im Kampfe gegen die Entente-Ö. der Donau-Österreich, wie gegen die nationalistische Lösung des Anschlusses an Hindenburg-Deutschland muß die KPD Stellung nehmen. In Eroberung der starken wirtschaftlichen Bindung Österreichs an die Donau-Balkanländer, der fortwährenden Erleichterungen des Gleichgewichtes auf dem Balkan und in der Tschechoslowakei, des Zusammenbruchs der Versuche zur Lösung der Agrarfrage in den Balkan-Donauländern, der Tschechenkämpfe, muß das österreichische Proletariat den Versuch unternehmen, den eigenen Kampf gegen seine Verflawung zu koordinieren mit den Kampfaktionen des Proletariats und der Landarmut der wirtschaftlich mit ihm stark verbundenen Gebiete. Der Kampf für die Föderation der Donau-Balkan-Räterepubliken richtet sich in gleicher Weise gegen die sozialdemokratisch kleinbürgerliche Illusion der Anschlusses an Hindenburg wie gegen die Ententepläne, welche von Seipel und den schwarzgelben Elementen unterstützt werden.

Wir sind der Auffassung, daß die Frage, welche dieser beiden außenpolitischen Orientierungen die richtige ist, eine internationale strategische Frage ist von der größten Tragweite, die letzten Endes nur von der Internationale entschieden werden kann. Gerade diese Frage hätte die breiteste Diskussion erfordert und die Unterbindung der Diskussion hat gerade nach dieser Richtung hin der Partei die Klärung besonders erschwert, denn der Parteitag wird bei der Fülle der Fragen, die er unbedingt klären muß, nicht die Zeit haben, das außenpolitische Problem genügend durchzudenken. Aus diesem Grunde beauftragt der Parteitag die Parteiführung, die Diskussion über die außenpolitische Orientierung der Partei fortzusetzen und nach durchgeführter Diskussion die verschiedenen Standpunkte, die innerhalb der Partei in Bezug auf die außenpolitische Orientierung vertreten werden, der Internationale zur Entscheidung zu unterbreiten.

Durch Propaganda? Die sozialdemokratische Propaganda will den Anschluß dadurch verwirklichen, daß sie die Ententeimperialisten zur „Verrunft“ bringt. „Die Hauptmächte werden einmal Verstand haben und ihr Unrecht einsehen.“ schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ am 14. Juli 1925. Nehmen wir die französischen Imperialisten. Deutschland wurde von ihnen besiegt nur durch das Bündnis mit fast der ganzen imperialistischen Welt. Der Anschluß Österreichs an Deutschland bedeutet den Zuwachs eines Sechseinhalbmillionen Volkes, und was er militärgeographisch, und handelsgeographisch bedeutet, das zeigt der erste Blick auf die Landkarte. Niemals werden die französischen Imperialisten und ihre Trabanten so „vernünftig“ sein, eine so gewaltige Stärkung der Position Deutschlands zuzulassen. Niemals!

Also soll offenbar irgendein Druck nachhelfen. „Aber es wird schon die Zeit kommen, wo in Europa die Herren Sieger nicht allein kommandieren werden.“ schreibt die „Arbeiter-Zeitung“. Man kann in dieser oder jener Form sich auf eine Neuaufgabe des ersten imperialistischen Weltkrieges vorbereiten. Diese Art von Druck meint die „Arbeiter-Zeitung“ nicht. Die Vorbereitung der sozialdemokratischen Führer dürfte sein. Jemand ein Krieg werde zu Machtverschöbungen führen, die die Ententeimperialisten so „vernünftig“ machen werden, daß sie den Anschluß zugeben werden. Das praktisch wahrscheinlichste ist, daß Deutschland Hilfsstruppen stellt zu einem Kriege gegen Sowjetrußland, und dafür von den Ententeimperialisten Kompensationen erhält. Das hat die sozialdemokratische Führerschaft im Auge und das fördert sie. In der großangelegten Heßkampagne, die die Ententeimperialisten als Vorbereitung des Krieges gegen Sowjetrußland eingeleitet haben, sehen wir die gesamte sozialdemokratische Propaganda am Werk, eine Sowjetrußland feindselige Massens Stimmung hervorzurufen, und zu steigern, die den Ententeimperialisten den Kriegsüberfall erleichtern und den deutschen Imperialisten ermöglichen soll, die Ententekriegsfront gegen Sowjetrußland durch deutsche Hilfsstruppen zu verstärken.

In der Tat, für deutsche Hilfsstruppen gegen Sowjetrußland werden die Ententeimperialisten sicher auch territoriale Kompensationen in Aussicht stellen. Aber den Anschluß Österreichs niemals! Die Befiegung der Sowjetmacht ist den Imperialisten sehr viel wert, aber der Preis, das Hauptresultat des ersten imperialistischen Krieges umzukosten, den Preis, Deutschland in dem Maße zu stärken, wie es durch den Anschluß Österreichs in der Tat der Fall wäre, diesen Preis werden sie auch für deutsche Hilfsstruppen nicht zahlen.

bleibt also noch eine doppelte Möglichkeit: 1. Konflikt innerhalb der Entente. Aber selbst den Kriegsfall unter ihnen angenommen, werden sie jeden Frieden schließen, nur nicht den, der Deutschland um Österreich vergrößert. Die zweite Möglichkeit: das ist der Weg des konterrevolutionären „Befreiungskrieges“. Mag sein, daß es den deutschen Imperialisten noch einmal gelingt, Deutschland in einen solchen Krieg hineinzureißen, sie werden ihn bestimmt nicht gewinnen. Aber er wird gewonnen werden! Mit den im Fortgang des Krieges immer mehr aufgerüsteten Massen werden die Kommunisten ihn umschlagen in den Bürgerkrieg, in den revolutionären Krieg, der die soziale Befreiung des deutschen Proletariats, die nationale Befreiung Deutschlands durchkämpfen wird bis zur Sprengung der sozialen Ketten auch des Ententeimperialismus.

Welche Möglichkeit immer wir durchdenken, der Anschluß Österreichs an Deutschland ist nur auf einem einzigen Wege zu erringen: durch die proletarische Revolution! Brauchen wir also Furcht zu haben, mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen werden zu können? Wollen die sozialdemokratischen Führer die proletarische Revolution? Nein! Wollen sie also ernstlich den

Anschluß? Nein, nein und nochmals nein! Unsere Anschlußparole ist eine Parole des Kampfes. Gerade, indem wir die revolutionäre Lösung ausgeben: „Anschluß an Deutschland“, wobei wir immer den Massen aufzeigen müssen, daß der einzige Weg dazu der revolutionäre Weg ist, gerade dadurch enthüllen wir am besten die sozialdemokratische Anschlußparole als das, was sie ist, als Ablenkungsparole, dazu bestimmt, die österreichischen Proletarier durch Hinweis auf die „Kleinheit Österreichs“ usw. einzulullen und sie abzuhalten von der Revolution. Und auch die anderen Anschluß„freunde“, die Großdeutsche Partei und die christlichsozialen Anschlußvolksleiter entlarven wir. Und wir werden manchem Arbeiter, Angestellten, Beamten und selbst Mittelschichtler helfen, ihren nationalliberalen Schlagworten auf den Grund zu kommen.

Zum VIII. Parteitag.

Die nächsten Aufgaben und die Befestigung der Partei.

Von Josef Aren.

2. Der proletarisch-wirtschaftliche Gesichtspunkt.

Welche außenpolitische Orientierung eröffnet dem österreichischen Proletariat die beste Kampfmöglichkeit um Arbeitslohn, Arbeitszeit, um Arbeits- und Lebensbedingungen überhaupt? Bei der Donau, bzw. Donau-Balkan-Orientierung hätten wir im besten Fall mit einer internationalisierten Gewerkschaftsorganisation zu rechnen, aber sie hätte es mit 8 bis 15 grundverschiedenen Sprachen zu tun. Es wäre ein sehr schwerfälliges Geschäft. Bei der Deutschland-Orientierung steht vor uns das Bild einer vollkommen einheitlichen, gerechten Gewerkschaftsorganisation, und ähnlich bei den Konsumgenossenschaften, den Sportvereinen und so weiter.

Der kapitalistisch-wirtschaftliche Gesichtspunkt kommt uns Kommunisten nicht in Betracht. Dennoch wollen wir ihn prüfen. Die Kapitalisten fragen: Woher außenwirtschaftliche Lösung bietet uns den profitabelsten Absatz für unsere Waren und die billigste Bezugsmöglichkeit für Lebensmittel und Rohstoffe. Die österreichische Industrie exportiert den Großteil ihrer Mehrprodukte nach den Donau-Balkan-Ländern und von dort bezieht sie den Großteil ihrer Lebensmittel und Rohstoffe. Ist diese Lösung für Österreich an die Donau-Balkan-Länder, wie es Genosse Kautzschner nennt, Grund genug zur Orientierung auf die Donau-Balkan-Ökonomie? Kurz gesagt! Würden wir durch den Anschluß an Deutschland diese Absatz- und Bezugsmöglichkeiten verlieren? Kurz gesagt! Im Gegenteil! Ein Deutschland, dem Österreich einverleibt ist, ist ein solches Machtgebilde, daß die Hindernisse, die heute von der kleinen Entente entgegengesetzt werden, nicht zu halten wären.

Wie aber wäre das bei einer Donau-, bzw. Donau-Balkan-Ökonomie? Jeder der Nachfolger, den hat seine eigene Industrie geschmet und züchtet sie weiter. Wie sich da die Abhängigkeiten innerhalb der Donau- beziehungsweise Balkan-Ökonomie gerade für die österreichische Industrie bessern sollten, ist nicht einzusehen. Nun kann man sagen: nach dem Anschluß an Deutschland würde die österreichische Industrie der deutschen Industrie ausgeliefert sein. Gewiß, die zurückerlebenden Unternehmungen würden daran glauben müssen. Aber vor diesem Schicksal kann sich keine Donau-Ökonomie u.ä. bewahren. Zweifelloß würde auch sonst vielfach ein Eigentümertum eintreten, reichsdeutsche Kapitalisten würden vielfach an Stelle österreichischer treten. Das wäre für die betroffenen Kapitalisten schmerzhaft, den Arbeitern aber ist es gleich, ob ihr Ausbeuter Geiringer oder Schupke heißt. Die kapitalistische Betrachtungsweise ist Sache der österreichischen Bourgeoisie. Die KPÖ muß ihre außenpolitische Orientierung eindeutig ausschließlich nach proletarischen Gesichtspunkten stellen.

Würde der kapitalistische Anschluß an Deutschland die österreichische Sanierungsstrife lösen? Kurz gesagt! Gewiß nicht. Die Lage der österreichischen Industrie im Vergleich zur jetzigen würde erleichtert, die Sanierungsstrife aber würde bleiben. Nur ihre Form würde sich ändern. Die österreichische Strife würde ein Teil der deutschen Sanierungsstrife.

3. Der revolutionäre, nationale Gesichtspunkt.

Dürfen wir Kommunisten unsere außenpolitische Einstellung auch nach nationalem Gesichtspunkt ausdrücken? Ganz gewiß dürfen wir das? aber freilich nur in revolutionärer Weise. „Ohne richtige Politik ist der revolutionäre Kampf keine Volkserhebung!“ (Ern. G. April 1925) Unsere Außenpolitik nach revolutionärem nationalem Gesichtspunkt ausdrücken, heißt Antwort geben auf die Frage: Welcher außenpolitische Orientierung folgen wir österreichische Kommunisten mit dem revolutionären Interesse des Proletariats am meisten zugleich auch die Interessen der anderen werktätigen Schichten? Oder nach so freier: Durch welche außenpolitische Orientierung können wir österreichische Kommunisten am meisten, daß die anderen werktätigen Schichten Österreichs sich der österreichischen proletarischen Revolution nähern?

Indem wir den Anschluß an revolutionäres Deutschland fördern, fördern wir ihr wichtigste Lebensinteresse aller Werktätigen Österreichs. Indem wir für die Lösung kämpfen: „Anschluß an Deutschland“ und zugleich immer den revolutionären Beweis, daß der einzige Weg dazu über die proletarische Diktatur führt, enthalten wir das wahre Beste der betragenerischen Anschlußpolitik, nicht nur der sozialdemokratischen Führer, sondern auch der Nation selbst.

Das ist revolutionäre, nationale Politik, die nichts zu tun hat mit dem „Nationalsozialismus“, der dazu führt, daß die Unterdrückung, die die KPÖ der national-revolutionären Bewegung entgegenhält, in einer Förderung der Führung dieser Bewegung durch die leitenden Klassen und ihre Parteien übergeht. (5. MA)

Die österreichische Frage ist eine nationale Frage im engersten Sinn des Wortes. Das verstehen sehr viele Kommunisten in und außerhalb Österreichs. Wenn zum Beispiel die drei Millionen Werktätigen Tschechoslowakei den tschechischen Sozialisten niederknieten und ausbeuteten, so

wären, so werden in Österreich sechs Millionen Arbeiterinnen von den Entente-Kapitalisten nicht nur niedergedrückt und ausgebeutet, sondern zu Hungerknechten und schließlich in den Hungertod getrieben. Die Peinigung dieser sechs Millionen Werktätigen aus dem „amateur“ des Beutens ist das ist im höchsten Sinne des Wortes eine nationale Frage, um deren revolutionäre Lösung die KPÖ, die Kommunisten, alle ausbeuteten und unterdrückten Böse, „täuschen nur“. Das Selbstbestimmungsrecht ist zur Lösung der nationalen Grenzen, das wir jedem unterdrückten Volk ausgeben, dieses Recht hat sich für sich selbst auf das Volk Österreichs. Wir antworten dieses Recht und fördern es, weil wir allen unterdrückten Völkern ohne Unterbrechung in ihrem Kampf gegen ihre Unterdrücker helfen.

Daß der Anschluß an Deutschland nicht auch die Lösung der nationalen Frage, z. B. der Tschechen in der Tschechoslowakei, bedeutet, ist wahr. Wir können nicht fördern den national-revolutionären Kampf aller unterdrückten Völker und Völkchen dadurch, daß wir um die revolutionäre Lösung der nationalen Frage Österreich kämpfen.

Aber kann es nicht geschehen, daß wir trotz unseres Kampfes, gegen unsere Willen, gegen die Interessen aller Interessen der Werktätigen Österreichs durch die Intervention der imperialistischen Länder der griechischen und kleinen Entente in eine Donau- oder Balkan-Ökonomie oder in Bindungen, die den proletarischen Kampf in Bezug auf den, gezwungen werden? Ganz gewiß ist das möglich. Das ist sogar eine sehr große Möglichkeit. Stellen wir deshalb für die Donau- oder Balkan-Ökonomie oder ihre sonstigen Nebenbedingungen? Gewiß nicht! Im Gegenteil! Je mehr sie Österreich davon zwingen, desto mehr müssen sie sich an die nationale revolutionäre Kampf der Millionenmassen der Werktätigen Österreichs anschließen, desto mehr muß die KPÖ ihre Interaktionen steigern, den national-revolutionären Kampf zu fördern. Und auch da ist die KPÖ die revolutionäre: „Anschluß an Deutschland durch die Revolution unter dem Banner der proletarischen Diktatur“.

Zum VIII. Parteitag.

Die nächsten Aufgaben und die Gefundung der Partei.

Von Josef Frey.

Die Lage.

Die Lage im Weltmaßstab ist objektiv revolutionär. Die Perspektiventendenzen beginnen wieder die Stabilisierungstendenzen zu überwiegen (China, Marokko).

Auch in Österreich ist die Lage objektiv revolutionär.

Österreich in seiner heutigen Form ist auf kapitalistischer Basis lebensunfähig. Es muß den Großteil seiner Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Ausland beziehen und hat den Großteil seiner Absatzmärkte verloren. Die kapitalistische Sanierung hat daran nichts geändert. Mit Hilfe der Genfer Kredite wurde die Krone stabilisiert, das Gleichgewicht im Staatshaushalt hergestellt, aber das Kassium der Zahlungsbilanz, der Stillstand des Großteils des Industrieparates, die riesige Arbeitslosigkeit bestehen weiter... Unmöglich ist eine Sanierung, die zu bestimmten Umständen wäre, daß der gesamte vorhandene Wirtschaftsapparat profitabel verwendet werden könnte. Ein bedeutender Teil des Wirtschaftsapparates ist endgültig entwertet, und zwar nicht nur im österreichischen Rahmen, sondern auch im Rahmen eines beliebigen anderen kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsgebildes. Unter Aufopferung des „überflüssigen“ Teiles des Industrieparates ist die kapitalistische Sanierung Österreichs theoretisch denkbar. Praktisch aber wäre diese Lösung nur möglich bei vollkommener Passivität des österreichischen Proletariats, wäre nur möglich, wenn das österreichische Proletariat bereit wäre, widerstandslos Hunderttausende österreichischer Arbeiter vernichten zu lassen. Das ist trotz aller reformistischen Versuche beim Massenbewußtsein der österreichischen Arbeiter unmöglich, darum ist die kapitalistische Sanierung praktisch unmöglich. Die Sanierung Österreichs ist nur möglich auf kommunistischer Basis, auf der Basis der proletarischen Diktatur.

So habe ich mit einer Reihe von Genossen im Herbst 1924 im Memorandum an den 5. Weltkongress die grundlegenden Widersprüche der Lage Österreichs charakterisiert. Die Lage ist heute genau so, sie tritt in der noch immer anwachsenden Arbeitslosigkeit, die ihresgleichen auf der ganzen Welt nicht hat, nur noch trauer zu Tage, unausgesetzt, unvermindert, ja vergrößert (Sanierungsbankrott) treiben die grundlegenden Widersprüche und müssen verstärkt weitertreiben zur Verschärfung der Klassengegensätze in der Richtung auf die revolutionäre Ausprägung und Lösung.

Die Reichskonferenz (November 1924, nach dem 5. Weltkongress) hat die Lage Österreichs richtig eingeschätzt. Leider wurde die günstige Auswirkung vom ersten

Kugenbild an dadurch unterbunden, daß die „Rote Fahne“ am 18. November die Ergebnisse zusammenfassend die Reichskonferenz wie folgt „korrigierte“: „Die Reichskonferenz erkannte die Verschärfung der Klassengegensätze in Österreich, die unmittelbar revolutionäre Situation und die Notwendigkeit unabweisend die Probleme des Kampfes um die politische Macht... durch den bewaffneten Aufstand vor der Arbeiterklasse als Aufgabe der Gegenwart... aufzurollen.“ Diese Bewertung widerspricht der Einschätzung des eben erst geschlossenen 5. Weltkongresses und den offensichtlichen Tatsachen in Österreich. Gerade damals überwogen in Österreich die Stabilisierungstendenzen, die österreichischen Massen, in den Sanierungssillusionen noch befangen, waren lähmend und erst später im Frühjahr war ein langsames Ansteigen des Kampfbewußtseins im österreichischen Proletariat bemerkbar. Die Mehrheit der damaligen Parteileitung (Frank) auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht, hat es nicht für nötig erachtet, den Fehler zu korrigieren. In der Tat spricht vieles dafür, daß sie selbst der ultralinken Auffassung von der „aktuell“ revolutionären Situation sehr nahe stand. So folgte die Resolution der Reichskonferenz an anderer Stelle: „Es ist klar, daß die kommenden Monate die SP. weiter rasch schwächen werden“ und Genosse Frank in seinem politischen Hauptreferat meinte gar: „Wir sind gewiß, daß die nächsten Monate bringen werden die Entstehung der kommunistischen Massenpartei in Österreich.“ Man vergleiche die Tatsachen! Aber zu so falschen Perspektiven muß man kommen, wenn man die Lage nicht mit bescheidener Mäßigkeit abschätzt.

So zwischen „unmittelbar (aktuell) revolutionärer Situation“ und „objektiv revolutionärer Situation“ wurde die Basis der Politik der Partei vollkommen verwirrt. Hier liegt einer der Gründe, warum die christlichen Beirührungen der Parteivorstandsmehrheit, die zweifellos einen Schritt vorwärts zur Parteigefundung gebracht hat, politisch so wenig Erfolg hatte. Es ist eine politisch sehr wichtige Sache, daß wir die Lage nüchtern und klar mit bolschewistischem Realismus bewerten.

Und noch eine zweite Lehre muß hier gezogen werden. Wenn der Führung ein wichtiger Fehler unterläuft, dann muß die Korrektur vor der ganzen Partei vorgenommen werden, um die ideologische Verwirrung zu beheben.

Die Massen in Österreich beginnen aus ihrer Lethargie zu erwachen, beginnen in Bewegung zu geraten, beginnen in Kampf zu treten für ihre nächsten Tageskämpfe. Die wirtschaftlichen, sozialen, politischen Gegensätze beginnen sich zu verschärfen, die Lage in Österreich ist revolutionär, aber wie stehen jetzt in Österreich erst am Beginn einer Entwicklung, die zu einer „unmittelbar (aktuell) revolutionären Situation“ führt. So habe ich Mitte Dezember 1924 in einer Auseinandersetzung mit Genossen Frank die Lage in Österreich charakterisiert und ich habe diese Einschätzung auch heute noch für richtig, möchte nur hinzufügen: die Stabilisierungs- und Sanierungssillusionen beginnen zu weichen, die Perspektiventendenzen beginnen die Stabilisierungstendenzen zu überwiegen.

Die erweiterte Exekutive im April 1925 hat die ultralinken Einschätzung der Lage als „unmittelbar revolutionär“ korrigiert und die Lage als „objektiv revolutionär“ bewertet. Die politischen Thesen, die die Parteivorstandsmehrheit dem kommenden Parteitag vorlegt, übernehmen diese Einschätzung, versuchen es aber doch, sie ein wenig ultralink zu korrigieren. Sie sagen nämlich: „Die objektive Situation in Österreich ist revolutionär und eine ausgedehnte zugehörte Kampfsituation.“ Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Parteivorstandsmehrheit hätte glatt die Formulierung übernehmen sollen, welche die RS. im Februar 1925 speziell für Österreich ausgesprochen hat: „Alle diese Faktoren schaffen eine politische Lage, die zu revolutionären Konsequenzen führen kann.“

Die ultralinken Genossen haben bei der Einschätzung der Lage in Österreich noch folgenden Fehler: sie sehen die gewaltige Massenarbeitslosigkeit und schließen daraus, das müsse die Massen zur Revolution rasch vorwärts treiben. So einfach liegen die Dinge nicht. Das Elend an sich brückt nieder, treibt zur Stumpfheit oder Verzweiflung. Was revolutionierend wirkt, das ist die Unbefriedigung der Lage. Die Lage der österreichischen Arbeiter ist aber ziemlich „befriedigend“. Die außerordentlich lange Dauer hat den Kampfbewußtsein eines großen Teiles der Arbeitslosen germüht. Die Furcht, in das Lager dieser fast jeder Hoffnung baren Arbeitslosenmassen zu fallen, wirkt lähmend zurück auf den Kampfbewußtsein der Betriebsarbeiterschaft. Daß der Kampfbewußtsein der Betriebsarbeiter trotzdem langsam wieder ansteigen beginnt, ist ein gutes Zeichen, alles deutet darauf hin, daß wir in Österreich einer Periode großer Massenkämpfe entgegengehen.

Freilich, daß diese lähmende Wechselwirkung sich so lange so ungescheit geltend machen konnte, und auch heute noch ziemlich ungescheit geltend machen kann, das ist kein Zufall. Die Thesen der Parteivorstandsmehrheit haben vollkommen recht, wenn sie auf den subjektiv revolutionären Faktor, als die „Gegenwärtigkeit“, hindeuten und in den Brennpunkt der Parteilautmerksamkeit stellen. Eine andere Frage allerdings ist, worin denn eigentlich die Schwäche des subjektiv revolutionären Faktors besteht und vor allem, wie sie zu beheben ist. Darin bin ich vielfach anderer Meinung als die Thesen.

Die nächsten Aufgaben und die Gefundung der Partei.

Von Josef Frey.

III.

Die rechte Hand der österreichischen Bourgeoisie.

„Die österreichische Bourgeoisie ist sich darüber klar, daß ein Einmarschieren der Katastrophe nur auf Kosten der weiteren Niederhaltung und verschärfsten Ausbeutung der österreichischen Arbeiter, Angestellten, Beamten und landarmen Bauern möglich ist. Die christlichsoziale Regierung Kamek leitet daher... einen unerschütterlichen Kurs der... Konterrevolution ein.“ (So die letzte Resolution der K. zur österreichischen Frage 18. Februar 1925, siehe „Rote Fahne“ 6. März.)

Diese Charakteristik trifft aufs Haar heute noch zu. Durch Monate ist die Parteivorstandsmehrheit auf dem „faschistischen Kurs“ geritten. Die K. sprach mit vollem Bewußtsein nicht vom „faschistischen Kurs“, sondern vom Kurs der Konterrevolution, die Parteivorstandsmehrheit aber ritt auf dem faschistischen Kurs weiter und da auch die Thesen der jetzigen Parteivorstandsmehrheit auf dieser verschwommenen Formel weiterreizen, ist es nötig darüber zu sprechen. Zwei schlechte Auffassungen spielen insbesondere in den Köpfen der Ultrasinken und der von ihnen geistig beeinflussten Genossen.

Was war das Hauptmerkmal jener Bewegung, für die der Begriff „Faschismus“ aufgefunden ist? Doch in erster Linie dieses, daß hier die durch Krieg ruinierten Mittelschichten den ersten Versuch unternahmen, sich als selbständige Massenbewegung zu etablieren zur Überwindung der Macht durch gewaltsamen Umsturz mit konterrevolutionären Zielen aber vielfach revolutionären Lösungen, darauf berechnet für ihre Massenbasis Verpfändung zu holen aus dem durch die sozialdemokratische Staatspolitik empfindlichsten proletarischen Schichten. Dieser Versuch ist überall gescheitert. Die ganze faschistische Bewegung, die ganzen faschistischen Organisationen in welchen Land immer sich heute vollkommen in den Händen der Bourgeoisie. Was wir heute Faschismus nennen, hat in seinen führenden Elementen den Traum der selbständigen Massenbewegung der Mittelschichten ausgeträumt und ist einfach ein Machtinstrument der Kapitalistenklasse, das mit Erlaubnis der Bourgeoisie wohl weiterhin seine „revolutionären“ Schlagzeilen gebrauchen darf, um Proletarier irreführen, anguloden, zu verführen, aber die von der Bourgeoisie gezogenen Grenzen nicht überschreiten darf, damit nicht die herübergelassenen Proletarier diese Lösungen etwa wirklich ernst nehmen. Der Begriff Faschismus heißt heute nicht mehr seinen alten Inhalt.

Jede Konterrevolution hat alle Mittel der Gewalt angewendet. In diesem Sinne ist der heutige Kurs in Österreich einfach: der Kurs der Konterrevolution. Aber ein Unterschied ist da. Den antikapitalistischen Schimpel, namentlich in Form des Antisemitismus, die nationalfaschistische Verhöhnung und alle sonstigen Lumpereien, ebenso wie den rücksichtslosen Gebrauch aller Arten von Gewaltmitteln, das hat jede Konterrevolution gekannt. Allein sie ist dabei mit den normalen Mitteln ihrer Staatsgewalt angekommen. Das Neueartige besteht darin, daß sie nun, seit der Kapitalismus ins Wackeln gekommen ist und die normalen Machtmittel des Staats nicht unter allen Bedingungen absolut zuverlässig sind, den Klassenmäßige Machtorganisationen zur Verfügung hat. Sie hat sich sie verschafft, indem sie sich den Faschismus völlig unterworfen und eingeordnet hat. Und sie baut sie natürlich mit allen Kräften aus. Diese Organisationen und auch die Tendenz diese Klassenmäßigen Machtorgane auszubauen und zu verwenden bezeichnen wir richtigerweise als faschistisch, denn es sind Mittel und Methoden des alten Faschismus wenn auch von neuen Herren, eben der Bourgeoisie, angewendet und ihren Bedürfnissen angepaßt. Die faschistische Tendenz wird am konsequentesten vom rechten (faschistischen) Flügel der Bourgeoisie vertreten, in Österreich von der Seipel-Gruppe.

Die Formel, „faschistischer Kurs“ läßt die Deutung zu, es könnte sich um die Stabilisierung des Faschismus im alten Sinne handeln. Richtig und absolut präzis ist die Formulierung der K., die wir nun nach obiger Analyse in vollem Wortlaut wiedergeben: „Die christlichsoziale Regierung Kamek leitet daher unter dem Druck der faschistischen Wiener Seipel-Gruppe einen unerschütterlichen Kurs der... Konterrevolution ein.“ Kurs der Konterrevolution unter dem Druck des rechten (faschistischen) Flügels, das ist der gegenwärtige Kurs in die richtige Formel gebracht, es liegt kein Anlaß vor, die Einschätzung und Formulierung der K. zu ändern.

Die Kamek, Thier, diese Heimwehshäuptlinge der Provinz führten die Seipel-Regierung, um die Bahn frei zu bekommen, für den „faschistischen Kurs“. So hat die Sache Monate hindurch die „Rote Fahne“ dargestellt und die Thesen der Parteivorstandsmehrheit haben das glatt übernommen: „Dem faschistischen Kurs der Bourgeoisie entspricht der Wechsel der Seipel zur Kamek-Regierung“. Das ist eine Verkennung der wahren Lage.

Es gibt innerhalb der österreichischen Bourgeoisie nichts, was rechts von Seipel steht, außer das Häuflein ultrarechter Knaben und impotenter Greisenbäume, die die Bourgeoisie ruhig beiseite läßt und wenn sie es zu tun werden, bei den Ohren zur Ordnung ruft. Seipel ist der glückliche, energischste Vertreter der Interessen der Großkapitalisten, die Großgrundbesitzer und Großbauern indogriffen. Seipel ist auch organisatorisch die härteste Potenz als jene

Heimwehshäuptlinge, hinter ihm steht die Organisation der katholischen Kirche, die die heiligen, Salzburger und sonstigen Heimwehshäuptlinge am Kinn Finger hat und nicht umgelenkt. Von den Frontkämpfern nicht zu reden. Der „faschistische Kurs“ in Österreich hat nicht mit den K. M. L. Thier, sondern mit Seipel begonnen und er wird ge-eiert fortgesetzt, weil die Seipel-Gruppe in dieser Richtung drückt.

Die Kamek-Thier sind Vertreter des engstirnigen Provinzialismus innerhalb der Bourgeoisie, Element, die ihre Politik nur nach den Interessen der heiligen, Salzburger usw. Großbourgeoisie richten, während Seipel sich vom Gesamtinteresse der Großkapitalisten leiten läßt. Seipel ist von der Regierung zurückgetreten, weil er diesem kurzfristigen, partikularistischen Teil der Großbourgeoisie nur dadurch auf seinen Weg bringen kann, daß er ihm, ihn vorübergehend in die Regierung sendet, Gelegenheit gibt entweder zu lernen sich nach dem großkapitalistischen Gesamtinteresse zu richten oder sich mit seiner provinziellen Beschränktheit abzuwickeln. Seipel ist von der Regierung zurückgetreten, aber hinter den Kulissen hält er die wirklichen Zügel weiter fest in der Hand, um jene Phase vorzubereiten, wo er mit verstärkter, völlig einheitlicher Front wieder in die Regierung einrücken kann.

Gerade weil die Kamek-Thier innerhalb des rechten Flügels links von Seipel stehen und schon an das Zentrum der kapitalistischen Front angrenzen, stehen sie der Sozialdemokratie näher und spielen dann und wann mit dem Gedanken der Koalition, was Seipel vollkommen abhört. Wir werden später hören warum. Mit viel mehr Berechtigung kann man sagen, daß die Bourgeoisie Seipel durch Kamek ablenken lieh, um die Heranholung des zweiten Aktes, das die Bourgeoisie im Feuer hat, vorzubereiten, zu erleichtern: der Sozialdemokratie. Das wäre schon deutlich zutage getreten, wenn nicht Seipel als lebendiger Ringel davorstünde.

Die Ursache dieses Regierungswechsels ist also durchaus sekundärer Natur. Dagegen ist es wichtig, daß wir uns durch den vor allem parteipolitischen Schachzug Seipels nicht täuschen lassen, daß wir seine Funktion in der Bourgeoisfront, seine Stellung innerhalb des rechten Flügels seine Rolle in der Bourgeoispolitik richtig erkennen.

Wie sollen wir gegen die faschistischen Organisationen und gegen die faschistischen Tendenzen kämpfen? Damit vor allem, daß wir — da hat Genosse Koritschoner vollkommen recht — die soziale Differenzierung ihrer Gesellschaft fördern. Unsere Politik muß dahin wirken, die Peripherie die sich innerhalb der faschistischen Organisationen um den bürgerlichen Klassenkerne gruppiert und die außerhalb befindlichen Sympathisierenden zu zerlegen, die Elemente die ihrer Klassenlage nach zum Proletariat gehören, loslösen und in die proletarische Front herüberziehen. Gen. Koritschoner sagt freilich nichts über die politischen Mittel, mit denen die Partei diese Arbeit leisten soll. Der entscheidende Kampf für die Tagesfragen des Proletariats ist auch dazu das wichtigste Mittel. Aber wir können uns die Zerlegungsaufgabe erleichtern, wenn wir die nationale Frage überhaupt und die nationale Frage Österreichs insbesondere bolschewistisch behandeln. Eine wie immer geartete Orientierung auf die Donauüberbretter oder Donau-Balkanüberbretter — sei sie auch gekleidet in die Räteformulierung — wird nicht einen einzigen lösen, im Gegenteil sie ist Wasser auf Seipels Mühle. Dagegen die revolutionäre Orientierung auf Deutschland erleichtert uns die Zerlegungsaufgabe.

betrifft, so sind einstweilen nur die ersten Ansätze sichtbar, deren Entfaltung wir in einer späteren Phase erleben werden.

Warum belächelt dann aber Seipel den Eintritt der sozialdemokratischen Führer in die Regierung? Die Bourgeoisie in ihrem Großteil (die Klein- und Mittelskapitalisten, die Fertigungsindustriellen) ist klar darauf eingestellt, die sozialdemokratischen Führer im richtigen Moment wieder in die Regierung zu nehmen: sobald nämlich die Situation kommt, wo es gelten wird, die erst rebellierenden Massen neuerlich zu beruhigen, abzulenken, zu verwirren, einzulullen und der Bourgeoisie eine neue Atempause zu sichern. „Die österreichischen Kapitalisten werden in nicht sehr ferner Zeit vor der Existenzfrage stehen, auch ihre dritte Partei, die Sozialdemokratie, in die Regierung aufzunehmen.“ (23. Februar.) Seipel ist dagegen. Warum?

Die SP. hat dem Großteil der Arbeiterschaft zur Massenbasis, eine kleinbürgerliche Führung, außerdem wächst der kleinbürgerliche Mitgliedschaftsteil fortwährend nach Zahl und Gewicht. Seipel ist sich vollkommen klar, daß die kapitalistische Sanierung, soll sie überhaupt durchführbar sein, eine eiserne kapitalistische Politik und Führung erfordert, die vor nichts, aber auch nichts zurückschreckt, und eben deshalb in seinem Augenblick, sei es noch so schwierig, sich wagen darf. Und da ist der Punkt, warum er die sozialdemokratischen Führer nicht in der Regierung haben will. Denn diese Führer sind Kleinbürger. Trotzdem sie letzten Endes nur für den Kapitalismus kämpfen — wenn der Kapitalismus in ernste Gefahr kommt, werden sie bestimmt schwanken. Erstens, weil sie wie jeder Kleinbürger denken, „man weiß nicht wie die Wirtschaft ausgeht, man muß mit allen Möglichkeiten rechnen...“. Zweitens aber wird ihre proletarische Massenbasis in der kritischen Situation so rebellieren, so „schwanken“, daß die Kleinbürger an der Spitze unweigerlich ins Schwanken geraten werden. Seipel weiß das, so wie wir das wissen. Und er weiß, daß kritische, immer kritischere Situationen kommen müssen, je weiter die kapitalistische Sanierung vorwärts getrieben werden muß, soll der Kapitalismus nicht jetzt schon zugrunde gehen. Darum will Seipel die sozialdemokratischen Führer nicht in die Regierung lassen. Er weiß übrigens, daß diese Kleinbürger auch außerhalb der Regierung, wann's drauf ankommt, ihre kapitalistische Pflicht erfüllen und weiterhin getreulich erfüllen werden, trotz aller Fugttriebe, mit denen er sie regaliert.

Die sozialdemokratischen Führer wollen in die Regierung. „In dem Augenblick, wo das österreichische Proletariat, wo die Arbeitslosen und die Arbeiter in den Betrieben sich erheben, werden die sozialdemokratischen Führer ohne Zögern die Koalitionsregierung mit den Christlichsozialen bilden“ (23. Februarheften). Neugierig scheint es, als ob sie nicht in eine Koalitionsregierung zu gehen wünschen, sondern, als ob sie ernstlich um eine sozialdemokratische Regierung, man denke: eine wirkliche „Arbeiterregierung“ kämpfen. Sie beifügen ihre Mitgliedschaft auf, die fehlenden 300.000 Stimmen zu erobern. Das hat zunächst einmal den Zweck, den Druck auf das Zentrum und den rechten Flügel der Bourgeoisie zu verstärken, sie geneigter zu machen, auch den linken Flügel, die sozialdemokratischen Führer, in die Regierung zu nehmen.

Wird es der SP. gelingen, 300.000 Stimmen oder auch mehr aufzubringen? Möglich, ich glaube sogar wahrscheinlich. Wird die SP. bei 51 Prozent allein regieren? Sehr wahrscheinlich nicht. Wird sie bei 60 Prozent und mehr allein regieren? Sehr wahrscheinlich nicht. Aber, selbst wenn die Situation derart sein sollte — und es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß sie im weiteren Verlauf der kapitalistischen Sanierung so sein wird — selbst also dann, wenn die Situation sich so gestalten sollte, daß es vom kapitalistischen Standpunkt nicht unvernünftig ist, Vertreter selbst auch nur des Zentrums der Bourgeoisie mit in die Regierung zu nehmen, so wird auch das nur geschehen, um das Proletariat desto besser über den wahren Charakter dieser sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ täuschen zu können. Unter allen Umständen, auch dann, wenn sie allein in der Regierung sein werden, werden die sozialdemokratischen Führer Koalitionspolitik machen: niemals werden sie die Regierungsmacht als wirkliches Kampfmittel gebrauchen, um die Kapitalistenklasse zu besiegen, immer werden sie mit den Kapitalisten nichts als verhandeln, „Berechnung“ predigen — koalitionieren.

Dennoch ist es falsch, wenn die Thesen der Parteivorstandsmehrheit sagen, die parlamentarischen „Kämpfe“ werden „lediglich aus Parteinteresse um Teilfragen, wie die Verteilung der Posten des kapitalistischen Staates geführt“. Diese Auffassung ist den sozialdemokratischen Führern bitter unrecht: sie führen einen Kampf gegen den rechten faschistischen Flügel und um das Zentrum der Bourgeoisie. Aber freilich nicht um der proletarischen Interessen willen, sondern, weil sie aufrichtig der Ansicht sind, daß die Politik des rechten faschistischen Flügels den Kapitalismus ruiniere, und daß nur die sozialdemokratische Politik ihn saniere.

Um sich den Weg in die Regierung zu öffnen, und sich dann dort zu behaupten, müssen die sozialdemokratischen Führer unausgesetzt daran arbeiten, ihre breite Arbeiterbasis zu erhalten, und zu verbreitern. Nur wenn, und so weit ihnen das gelingt, ist die Politik der linken Hand für die Bourgeoisie möglich, annehmbar, nützlich. Darum dieses ganze Register von Kniffen und Schlägen der sozialdemokratischen Täuschungspolitik.

Wir Kommunisten durchschauen klar, daß der Gmüser Pakt nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer zustande gekommen, daß seine Durchführung nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer in Angriff genommen und betrieben werden kann, und daß die sozialdemokratischen

Führer für diese ganze Lage, in der sich heute das österreichische Proletariat befindet, verantwortlich sind. Aber die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter durchschaut das nicht. Daß dem noch immer so ist, trotz der vielen Erfahrungen, das ist nicht nur auf die meisterhafte Täuschungspolitik der sozialdemokratischen Führer zurückzuführen, sondern ebenso sehr und noch mehr einem schon zweieinvierteljahrigen Verhalten der SPDe. (insbesondere vor der KR.) zuzuschreiben, daß man sich oft schwer entschließen kann, dies Politik zu nennen. Nur eine richtige bolschewistische Politik — nicht nur in Thesen, sondern in der Praxis! — wird hier Wandel schaffen.

Die nächsten Aufgaben und die Gelandung der Partei.

Von Josef Bren.

IV.

Die linke Hand der Bourgeoisie.

„Die Bourgeoisie stehbügel sowohl mit der schwarzen Reaktion (das ist die Seipel-Gruppe in Österreich. Der Verf.) als auch mit der österreichischen Sozialdemokratie“ (23. Februarheften zur österr. Frage). Im gewissen Sinne gilt für die Sozialdemokratie das gleiche wie vom Faschismus: auch die Sozialdemokratie ist ein Versuch des Kleinbürgertums eine selbständige Rolle zu spielen, allerdings auf Basis der Arbeitermasse und mit faschistischer Politik. Und so wie dort so ist auch hier der Traum der Selbständigkeit ausgeträumt. Die Einschätzung des 5. Weltkongresses, „die Sozialdemokratie ist im gewissen Sinne in Europa bereits zur dritten Partei der Bourgeoisie geworden“, trifft den Nagel auf den Kopf.

Etwas anderes ist die Auswertung dieser richtigen Einschätzung. Mit mechanischem Wiederholen floßen wir die sozialdemokratischen Arbeiter nur ab. Wir müssen es verstehen den Arbeitern diese Wahrheit immer wieder politisch zu beweisen.

Die Sozialdemokratie ist eine bürgerliche Partei. Ihre wirkliche Endlösung ist die Erhaltung, Sicherung, Festigung und der Ausbau des Kapitalismus. Das besagt aber nicht, daß zwischen der Sozialdemokratie und den anderen bürgerlichen Parteien wichtige Unterschiede bestehen, die zu übersehen ein schwerer taktischer Fehler ist. Nehmen wir eine solche Formel (siehe Thesen der Parteivorstandsmehrheit) wie „die österreichische Sozialdemokratie ist der direkte linke Flügel des Faschismus“. Was sagte der fünfte Weltkongress? „Die Sozialdemokratie ist seit einer Reihe von Jahren in einem Umwandlungsprozeß begriffen, aus einem rechten Flügel der Arbeiterbewegung in einen linken Flügel der Bourgeoisie, stellenweise sogar in einen Flügel des Faschismus.“ In Bulgarien z. B. trifft das vollkommen zu, aber von der österreichischen Sozialdemokratie ist hier die Rede und in Österreich sind wir heute noch nicht so weit, die SPDe. hatte es noch nicht nötig, sich so weit fortzuentwickeln. Sie ist auf dem Wege dazu, aber bis dahin ist noch eine Strecke zurückzulegen. Die österreichische Sozialdemokratie fördert die faschistischen Tendenzen durch ihre Passivität, durch ihr Einfallen der Massen, aber auch die aktive Anwendung faschistischer Methoden durch die sozialdemokratischen Führer

Zum VIII. Parteitag.

Die nächsten Aufgaben und die Befundung der Partei.

Von Josef Aren.

V.

Die Taktik der Partei.

„Die wichtigste Voraussetzung der Bolschewisierung ist eine richtige, zur Eroberung der Massen führende bolschewistische Politik“ (Erm. Gr. April 1925).

Die Lösung „Organisierung der Revolution“ umfaßt die Gesamtheit der politischen und organisatorischen Aufgaben, die uns die gegenwärtige Periode stellt. In Österreich die Revolution organisieren heißt in erster Linie bolschewistische Politik in Österreich machen. In der gegebenen Lage Österreichs können wir alle politischen Aufgaben der Partei zusammenfassen in der Lösung: Nicht kapitalistische, sondern proletarische Sanierung!

Fassen wir den Weg bis zur revolutionären Entscheidung ins Auge, so haben wir zwei große politische Aufgaben: die Eroberung der Mehrheit des Proletariats, das heißt seiner ausschlaggebenden Schichten durch Kampf unserer Partei gegen die Sozialdemokratie und die Eroberung der großen Masse der anderen Werktätigen, vor allem der Mehrheit der Bauernschaft durch Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie. Bei der konkreten Lage Österreichs, die konkrete Lage der KPÖ. inbegriffen, ist die nächste politische Hauptaufgabe, die uns auf diesem Weg gestellt ist, die, mit der großen proletarischen Masse überhaupt erst wieder Fühlung zu gewinnen, die Eroberung der Mehrheit des Proletariats in Angriff zu nehmen und die Heranziehung der bäuerlichen Masse an die revolutionäre Front einzuleiten.

Das taktische Mittel hierzu unter den gegebenen Bedingungen ist die Taktik der Einheitsfront, die nur eine Notwendigkeit der revolutionären Agitation, Organisation und Mobilisation der Massen.

Die Taktik der Einheitsfront ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen die wichtigste taktische Frage für alle kommunistischen Parteien die noch nicht an der Macht sind. Um so erscheinlicher ist es, daß Genosse Koritschoner in seinen Thesen diese Frage nicht mit einem einzigen Worte berührt, daß er die Einheitsfronttaktik oder Einheitsfront in seinen Thesen nicht einmal erwähnt.

Die Taktik der Einheitsfront.

Bis auf einen geringen Bruchteil steht die Arbeitermasse in Österreich einseitig hinter der SP. Unter solchen Bedingungen darauf ab zu verzichten, sich mit Kampfangboten an die sozialdemokratischen Stützen zu wenden (Reichskonferenz Resolution sowie „rote Fahne“ vom 18. November) heißt den Thesen des fünften Weltkongresses widersprechen: „Einheit von unten und gleichzeitige Spitzenverhandlungen: diese Methode muß oft in den Ländern angewendet werden, in denen die SP. noch eine bedeutende Macht ist...“ Die Parteivorstandsbeschlüsse korrigieren diesen Fehler. Die Grundlage der kombinierten Einheitsfronttaktik bleibt natürlich immer die Einheitsfront von unten, das heißt mit den sozialdemokratischen Arbeitern.

Die KP. muß so handeln, daß die Arbeitermassen ehrlich überzeugt sind, daß die KP. die einheitliche Kampffront ehrlich wolle. Die Formulierung der Parteivorstandsbeschlüsse „Einheitsfronttaktik zur Entlastung der SP.“ hätte ich für unglücklich. Die Kommunisten wollten mit unseren Kampfangboten den Kampf für die proletarischen Tageskämpfe fördern. Weil die sozialdemokratischen Führer diesen einheitlich geführten Kampf nicht wollten — denn er macht die kapitalistische Sanierung unmöglich, deren Durchführung zu sichern das wirkliche Ziel aller sozialdemokratischen Politik ist — da rum kommt die Einheitsfront nicht zustande, kann nicht zustande kommen, darum ist jede Koalition mit den sozialdemokratischen Führern unmöglich, darum fährt die Einheitsfronttaktik notwendigerweise zu ihrer Entlastung.

Die richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik ist gar nicht denkbar, sondern führt notwendigerweise zur Organisierung politischer Kampfbündnisse. Woher Beröckentung offener Briefe hat gar keine Wirkung. In der Zeit vom 6. Parteitag bis zur Reichskonferenz wurde die Einheitsfronttaktik nur für das wirtschaftliche Gebiet zugelassen, für das politische aber abgelehnt. Die Reichskonferenz hat diesen Fehler korrigiert, aber es gab dennoch seither manchen ökonomischen Rückfall.

Die Einheitsfronttaktik hat ihre rechten und linken Gefahren, beide führen zur Menschewisierung der KP.: die rechten Gefahren, indem sie die KP. ins Lager der SP. führen, die linken Gefahren, indem sie es der Partei erschweren, die Arbeiter aus der SP. loszulösen, ja indem sie sogar Teile der Sympathisierenden, ja sogar Teile der Mitgliedschaft ins sozialdemokratische Lager treiben, was in den letzten zweieinhalb Jahren, insbesondere vor der Reichskonferenz sehr ausgiebig erfolgt ist.

Was die Frage der Wahltaktik von 1923 betrifft, so haben jene Genossen, die für die Anwendung der Einheitsfronttaktik eintreten, ein Wahlbündnis mit der SP. weder geplant, noch es geschlossen.

Die Arbeiter- und Bauernregierung.

Darüber habe ich in den Thesen zur Taktik alles Nötige gesagt. Nur auf einige Fehler in der Vergangenheit möchte ich hinweisen, damit wir sie in Zukunft vermeiden.

Vor und auf dem 6. Parteitag gab es in der Frage der Arbeiterregierung keine Meinungsverschiedenheiten (Gen. Koritschoner in der Inprokorr., 23. März 1923). Das besagt nicht, daß da die Auffassung immer richtig gewesen ist, heute wissen wir, daß unsere damalige (1922) Auffassung etwas recht abwich. Nicht daß wir an eine Koalition gedacht hätten, aber wir hielten eine wirkliche, kommunistische Arbeiterregierung auf dem Boden des Parlaments möglich, bei Ausstattung mit den nötigen Klassenmachtmitteln. Das war ein Fehler, den wir alle machten und diesen Fehler haben wir alle fortgiert.

Nach dem 6. Parteitag nun kamen folgende Fehler vor:

1. Richttaufrollen der Wahlfrage überhaupt. So war im Frühjahr 1923 nur der Reichs-Kriegs-rätekongreß die Zentralisierung der Partei, unsere Regierungslosung wurde verschwiegen. Im Herbst 1924 (nach der Reichskonferenz) setzte man statt der zentralen Wahllosung einfach hin: „Es lebe die Revolution.“ („rote Fahne“ vom 18. November 1924 und 9. April 1925.) Hierher gehört auch die bloß negative Stellung der Regierungsfrage. J. B. „Weg mit der Kamel-Regierung!“ („rote Fahne“ vom 15. Dezember 1924, 5. April 1925, 21. Juni 1925), ohne positive Antwort, was an die Stelle dieser Regierung treten soll. All das sind Rechtsabweichungen.

2. Positive Beantwortung, aber mit der Lösung der proletarischen Diktatur. Ueber die Bedeutung der Arbeiter- und Bauernregierung als einen „verhältnismäßigen“ Ausbruch für die proletarische Diktatur war dabei keine Meinungsverschiedenheit. Nach der Reichskonferenz 1924 bis zur Erm. Gr. April 1925, war die Parteivorstandsmehrheit für die Lösung der proletarischen Diktatur, während eine Reihe von Genossen der Ansicht war, die Partei habe den Lösungsbefehl des fünften Weltkongresses nicht nur aus formellen Gründen zu befolgen, sondern weil in der Tat die Formulierung „Arbeiter- und Bauernregierung“ viel leichter Verständnis in den Massen findet. Allerdings hat die Parteivorstandsmehrheit die Lösung der proletarischen Diktatur praktisch nicht ausgegeben, aber sie half sich so: daß sie gar keine Wahllosung ausgab oder sich mit der negativen Lösung begnügte. So kam es aus einer Einschiebung heraus zu rechten Fehlern.

3. Auf der Reichskonferenz wollte ein Teil von Genossen nur die Lösung „Arbeiterregierung“, angenommen wurde schließlich von der Mehrheit die Lösung der „Regierung der Arbeiter und landarmen Bauern“, was den KP.-Thesen widersprach und den Schein hervorrief, als wolle die KP. diese Lösung auch gegen die Mittelbauern setzen.

Conkrete taktische Fragen.

1. Die Schwanzpolitik. „Die Partei in ihrem Aufbau, ihrer Ideologie, ihrem Wesen, ihrer Propaganda und ihrer Aktion der Sozialdemokratie unterzuordnen, anzupassen“, so definiert die Reichskonferenz die Schwanzpolitik und, fügt sie hinzu, „die Schwanzpolitik ist also bisher aufgetauchten Gruppen und Fraktionen eigen.“

Dazu muß folgendes festgestellt werden. Das alte Statut wurde von der KP. genehmigt. Was aber die Politik der Partei betrifft, so sind die Gen. Frank, P. und deren Freunde gebeten, einen einzigen konkreten Fall zu nennen, in dem die Parteivorstandsmehrheit, die sich im Verlauf des Jahres 1922 herausgebildet hat, Schwanzpolitik getrieben hätte.

Gleich nach dem 6. Parteitag hat eine Reihe von Genossen, die nun einseitige Schwanzpolitik aufs Schärfste bekämpft. Schon auf dem Wiener Landesparteitag (April 1923) unterzogen sie die Taktik des Nachhinkens einer scharfen Kritik an dem Beispiel des Rücktritts im Kampf gegen die Warenurschleierung, gegen die Zollvorlagen, in der Mehrheitsfrage und selbst in Lohnkämpfen.

Die Thesen der Parteivorstandsmehrheit lehnen die Schwanzpolitik kategorisch ab. Mit Recht. Aber man darf dennoch nicht übersehen, daß auch in der Zeit nach der Reichskonferenz die Politik der Partei der SP. nachgehinkt ist. Die Praxis hat der richtigen Theorie nicht entsprochen. Im Grünbacher Kampf hat die Leitung in jedem Moment das Verhalten der sozialdemokratischen Führung abgewartet, um dann erst Entschlüsse zu fassen. Die Überhaupt die Schwanzpolitik am konsequentesten auf dem gewerkschaftlichen Gebiet betrieben wurde, bis auf den heutigen Tag.

2. Linie und Durchführung. Man kann die Periode vom 6. Parteitag bis zur Reichskonferenz in taktischer Beziehung als eine Periode bezeichnen, in der das Herausarbeiten einer taktischen Linie von den führenden Genossen als Luxus betrachtet wurde. Eine Reihe von Genossen hat gegen diesen schweren Fehler angeklagt. Erst die Reichskonferenz schuf Wandel, sie gab der Partei eine im großen und ganzen richtige Linie. Trotzdem aber blieb auch dann die Politik der Partei ziemlich unsicher. Woran liegt das? Daran, daß die Praxis der Theorie nicht entsprach. Wir sahen das schon bei der Schwanzpolitik. Ebenso stand es mit der Nachfrage: in den Thesen schrieb man richtig, sie müssen immer aufgestellt werden, in der Praxis aber schwante man zwischen

Widerprüchen daher (siehe unter Arbeiter- und Bauern-Regierung). In den Thesen wurde konkrete Politik verlangt, die Praxis der „roten Fahne“ zeigte aber wenig konkretes und nicht-Konkrete. Die Partei muß zweierlei tun: sie hat in gedanklicher Arbeit die richtige Linie zu finden und die richtige Linie in die Praxis umzusetzen. Das letztere ist viel, viel schwerer. Bei der Erarbeitung der richtigen Linie hilft uns die KP., die konkrete Durchführung aber, das müssen wir selbst leisten und in der Durchführung, da liegt auch heute noch taktisch der schwächere Punkt der Partei.

3. Agitation. Da sie beim gegenwärtigen Stande der Partei eine so große Rolle spielt, muß auch eine alte Schwäche hingeworfen werden: Die Qualität allein macht es nicht! Wir müssen die Qualität unserer Agitation heben, das muß die Partei planmäßig organisieren.

4. Steuerfrage. Nach der Reichskonferenz wurde der Kampf gegen den Steuerhinterziehung der Linie Kampf um Lohn und Arbeitszeit. Später übergab die Parteivorstandsmehrheit von diesem Steuernihilismus zur negativen Steuerpolitik und daran hält sie in ihren Thesen fest („Kampf gegen die Sanierungssteuern“). Wertwunderweise macht diesmal den ersten Schritt zur Besserung Genosse Koritschoner. Theoretisch hat er zwar dieselbe Einstellung, im Kapital Steuerpolitik seiner Thesen hütet er sich ängstlich, für eine auch positive Einstellung einzutreten, aber in anderen Kapiteln stellt er vereinzelte positive Steuerforderungen auf. Die Partei kann und muß auch für positive Steuerlösungen kämpfen, gerade dadurch entlastet sie die „gerechte“ Steuerpolitik der sozialdemokratischen Partei. Die alte Lösung, die sich besonders im Herbst 1922 beim Kampf gegen den Abschluß des Senfer Vertrages so bewährt hat: „Keine Löhne auf das Proletariat, alle Löhne auf die Bourgeoisie!“, sie ist nicht veraltet, sondern wird der Partei weiterhin gute Dienste leisten, wenn sie sich ihrer richtig bedient.

5. Gewerkschaftsfrage. „Den integrierenden Bestandteil der Bolschewisierung bildet die Arbeit in den bestehenden... Gewerkschaften.“ Erweiterte Exekutive April 1925.

In der Gewerkschaftsfrage ist der Parteikonflikt entbrannt. Um folgende Fragen wurde gerungen: 1. Unterordnung der Gewerkschaftsarbeit, der Gewerkschaftsteilnahme unter die Partei, nicht zwei, sondern ein Zentrum in der Partei. 2. Fraktion dem Mod voran. Nicht Massenpartei, sondern kommunistische Massenpartei. 3. Dekonomismus. 4. Schwanzpolitik. 5. Konkrete Arbeit. 6. Einheitspolitik, Schwanken. Die erweiterte Exekutive April 1925 hat im Sinne der Parteivorstandsmehrheit von 1922 entschieden: „Beschleunigung des Aufbaues und Ausbaues der Gewerkschaftsfraktionen, Bekämpfung der Unabhängigkeit des Gewerkschaftsrates (gemeint ist nicht der Mod-Gr. sondern der kommunistische Gr.) unter der Parteizentrale. Bildung einer Gewerkschaftsteilnahme in der Zentrale, Auflösung jeder selbständigen Gewerkschaftsteilnahme, unabhängig von der Parteileitung. Strenge Fraktionsdisziplin in den Gewerkschaftsbüros mit parteilosen Arbeitern.“ Die anderen Streitfragen waren schon auf der Erweiterten Exekutive Juni 1923 (österreichische Resolution) entschieden worden (im Sinne der Parteivorstandsmehrheit von 1922). Dazu ist nur zu sagen, daß diese Entscheidungen noch immer erst auf dem Papier stehen. Ihre Verwirklichung wird den ersten Schritt zu erster Gewerkschaftsarbeit bedeuten.

In der praktischen Durchführung der Gewerkschaftsarbeit ist gegenwärtig das wichtigste: sich betreten von der Taktik des Nachhinkens, zu jeder Frage von unserem Standpunkt aus Stellung nehmen, und zwar rechtzeitig! Übergehen zu innerer konkreter Arbeit; Konzentrieren, das heißt: die Arbeitskraft der Partei nicht gleichmäßig auf das Arbeitsfeld verteilen, sondern auf den jeweils wichtigsten Punkt vereinigen. Dieser Punkt ist in Österreich die Metallarbeiterschaft!

Eine wichtige parteipolitische Frage.

Manche Genossen erklären den Niedergang der Partei mit der objektiven Entwicklung. Das ist doppelt falsch. Etwas sind die objektiven Bedingungen für das Wachstum der KP. in Österreich nicht ungünstig. Jektens aber, die objektive Entwicklung könnte höchstens einen Rückgang, kann aber nicht diesen Rückgang erklären, der keine Ursache hat in dem politischen und gewerkschaftlichen Verfall der Partei. Woran lag es aber, daß es für die Masse der Parteigenossen so schwer war, diese allgemeine Ursache des Parteineiederganges, die konkreten Fehler und die richtigen Wege, die auswärts führen, zu erkennen? Hier kommen wir zu einem parteipolitischen Fehler, der sich außerordentlich verhängnisvoll auswirkte: hat: Das einzige, das sicherer Mittel der Korrektur wurde der Partei vorenthalten: die Diskussion. Daß die Krise so lange dauerte, daß eine so entscheidende geführte Bekehrung eintreten konnte, das war nur möglich, weil, aber auch jede Diskussion unmöglich gemacht wurde. Selbst die parteiinterne Diskussion wurde praktisch unmöglich, weil die „Beschützung“ der „roten Fahne“ über Parteitage, Landespartitage jede Unterlage zensurierte. Das ging sogar so weit, daß die allerentscheidendsten Beschlüsse der KP. nicht veröffentlicht wurden, um den Mitgliedern zu verheimlichen, daß und welche Fehler begangen wurden. (Er

wurden zum Beispiel die Bolschewisierungsbefehle vom April 1925 von Genossen B. nicht veröffentlicht, um seinen ultralinken Wertung weiter ausführen zu können.)

Es muß aber immerhin festgestellt werden, daß auch in der Frage der Diskussion die R.R. einen zwar nicht vollkommenen, aber doch bedeutenden Wandel bildet.

Hätte es (bolschewistische!) Diskussionsfreiheit gegeben, so wäre immer ziemlich bald herausgearbeitet worden, welche Fehler liegen vor, wer macht die Fehler, die Partei hätte sich immer wieder bald korrigieren können. Da die Diskussion vollkommen unterdrückt wurde, war es kein Wunder, daß sich die Gedanken dorthin flüchteten, wo alle Fragen grau sind, man sah nur persönliche Streitigkeiten und als die Tatsachen schon zu deutlich sprachen, da sagte man kurz, alle haben Fehler gemacht. Das war das Gegenteil von Klärung.

Genau, die Exekutive hat alle heißen Jahre die Fehler korrigiert. Wer wurden diese Beschlüsse durchgeführt? Sie sind immer Papier geblieben, mehr: bis zur R.R. wurde immer das Gegenteil von dem gemacht, was die Exekutive beschlossen hatte.

Selbstverständlich meine ich nicht eine Diskussionsfreiheit schlechthin, sondern eine solche, die sich im Rahmen der K.Z.-Beschlüsse über die Diskussion in der R.P. bewegt.

Lenin sagt an einer Stelle: „Einheit der Handlungen, Freiheit der Erörterung und Kritik.“ Die Diskussion ist das Mittel, das die geistige Einheit unter uns immer wieder herstellt, die den Fraktionismus geistig überwindet. Wer die Diskussion vollkommen unterdrückt, fördert den Fraktionismus. Erst die R.R. November 1924 hat die Tür zur Diskussion in der Partei ein wenig geöffnet. Schon das hat frische Luft in die Partei gebracht. Ohne Zweifel hat Genosse Frank und die Genossen der jetzigen R.D.-Mehrheit der Partei so vorwärts geholfen. Aber die Schranken wurden noch immer unabweisbarerweise ziemlich hoch gehalten. So wurde zum Beispiel die Diskussion über die außenpolitische Orientierung der Partei noch vor ziemlich kurzer Zeit vollkommen unterbunden, die Veröffentlichung eines diesbezüglichen Diskussionsartikels wurde abgelehnt.

Nach diesem Schweigen durch zweieinhalb Jahre ist die kardinalste Voraussetzung, um die ernsthafte Gesundung überhaupt nur beginnen zu können, die, daß die Partei die Diskussion, die sie nun endlich doch eröffnet hat, in breiter Weise, möglichst viele Genossen zu Worte lassend, weiterführt, daß wir alle kameradschaftlich, aber mit bolschewistischer Freimütigkeit die Fehler besprechen und Erfahrungen und Lehren für die Zukunft ziehen. Durch Klärung zur Gesundung!

Aber machen wir uns keine Illusionen! Auch dann wird es ein schweres Stück Arbeit sein, die Partei aus dieser Tiefe aufwärts zu führen. Aber mit der gesunden Partei wird es gelingen und zur Gesundung kommen wir nur durch Klärung.

vom Parteivorstand abgeändert und damit in der Fassung vom 5. Parteitag, Oktober 1922, bestätigt. Dieses Statut war basierend auf der Resolution des 3. Weltkongresses. Es wurde somit dem damaligen Disziplinär-Komitee der Kommunistischen Internationale vor dem Parteitag vorgelegt und von der Partei genehmigt (siehe Brief der Kommunistischen Internationale an den 5. Parteitag). Der 5. Parteitag hat dann mit allen gegen eine Stimme das Statut festgeschrieben. Als die Kommunistische Internationale die Umstellung der Kommunistischen Parteien auf die Betriebszellen beschloß, hatte die gesamte Partei (meine Person inbegriffen) die alte Fassung korrigiert. Die damaligen Differenzen in der Betriebszellenfrage bezogen sich auf ganz andere Punkte, zum Beispiel auf das Tempo der Durchführung und dergleichen.

2. Angeblich falsche Einstellung in der Einheitsfronttaktik.

Ich vertrat in Bezug auf die Einheitsfronttaktik bereits 1922 in Theorie und Praxis ganz genau dieselbe Auffassung, wie ich sie heute vertrete. Konkrete Vorwürfe, daß die Einheitsfronttaktik, wie sie die Partei bei der Generalisation, Herbst 1922, angewendet hat, fehlerhaft gewesen ist. Die Fehlerhaftigkeit hat nach Genossen Koplenig darin bestanden, daß ich die Einheitsfront mit der Sozialdemokratischen Partei angestrebt habe. Ein einfacher Blick ist die „Note Hahn“ der damaligen Zeit (siehe insbesondere die Berichte über die Wiener Vertretungsmann-Konferenzen, „Note Hahn“ vom 13. Oktober und 17. November 1922) zeigt, daß diese Behauptung absolut falsch ist. Nebenbei: Die Genossenschaft war und ist die einzige Aktion der Partei, wo die Einheitsfronttaktik von uns in der Praxis mit einem solchen Erfolge durchgeführt worden ist, daß es uns mit 5000 Wiener Kommunisten gelang, 25.000 sozialdemokratische Arbeiter in die Aktion zu führen, gegen den bewußten Widerstand der Sozialdemokratischen Partei.

Die Kommunistische Internationale hat zur damaligen Politik der Partei Stellung genommen: in ihrem Endbrief an den 6. Parteitag und in den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive im Juni 1923; kein Wort der Ausstellung an unserer damaligen Einheitsfronttaktik.

Der 6. Parteitag hat die Taktik des Jahres 1922 überprüft. Er hat in Bezug auf die Einheitsfronttaktik keine Fehler festgestellt und ich kann mich deswegen nicht erinnern, daß vor oder nach dem 6. Parteitag jemals die Genossen Koplenig oder Hermann etwas an der Einheitsfronttaktik des Jahres 1922 auszuheben gehabt hätten.

Nur meine Genosse Hermann, damals sei in der Generalisation der Fehler gemacht worden, daß die Frage nicht aufgeworfen worden sei. Auch das ist nicht richtig. Er soll die „Note Hahn“ durchgesehen haben, er eines besseren belehrt werden.

Das angebliche Unterlassen des Aufwerfens der Frage in der Generalisation führt Genosse Hermann als einzigen Beweis dafür an, daß ich „meine politische Meinung verschwiegen“ und „Diplomatie in der Partei“ geübt habe. Dieser einzige Beweis ist unrichtig. Die Frage wurde in der Generalisation damals in zweifelsfrei Weise aufgeworfen. Andere Beweise hat Genosse Hermann nicht angeführt, also ist seine Behauptung vollkommen unrichtig.

Die einzige Differenz, die es in Bezug auf die Generalisation wirklich gegeben hat, war die, daß einige Genossen meinten, die Steuerfrage wäre zu sehr in den Vordergrund gestellt, die Lohnfrage aber würde nicht genügend beachtet werden.

3. Angebliche Fehler in Bezug auf die Arbeiterregierung.

Die Partei hat 1922 in Bezug auf die Arbeiterregierung eine Auffassung vertreten, die sich vollkommen im Rahmen der damals gültigen Beschlüsse der K. befand. Weber der Endbrief der K. an den 6. Parteitag, noch der 6. Parteitag selbst, fand daran etwas auszuheben. In der Nummer 12 der „Anpreisung“ vom 23. März 1923 hat Genosse Koplenig in einem partei-offiziellen Artikel über die Ergebnisse des 6. Parteitages ausdrücklich festgestellt: „In der Frage der Arbeiterregierung waren tatsächliche Meinungsverschiedenheiten nicht zu verzeichnen.“ Auch die Erweiterte Exekutive vom Juni 1923 fand hier nichts auszuheben.

Als dann die Oktober-Niederlage in Deutschland kam, (1923), haben wir alle unsere Auffassungen korrigiert und zwar in aller Klarheit dann mit Hilfe des 4. Weltkongresses. Die Formulierung über die Arbeiter- und Bauernregierung in meinen Taktikheften vom 27. Juli 1925 ist wortwörtlich dem Memorandum entnommen, welches ich im September 1924 an den 5. Weltkongress über die österreichische Frage gerichtet habe.

Davon also, daß ich in der Auffassung oder in der Anwendung der Arbeiterregierung einen Fehler begangen habe — das heißt eine Abweichung von der Linie der K. — ist nicht die geringste Rede. Wenn unsere damalige Auffassung hat sich nachträglich als unrichtig erwiesen, dies wurde von mir bereits wiederholt vor der Partei festgestellt. Obwohl dies wiederholt geschehen ist, habe ich dennoch in meinem im Juli d. J. — also zu einer Zeit, wo die Gen. Hermann und Koplenig noch gar nicht daran dachten, mir „Fehler“ in Bezug auf die Arbeiterregierung vorzuhalten — verfaßten und eingereichten fünften Diskussionsartikel über die Taktik der Partei — ich hoffe, daß er noch vor Schluß des Parteitages veröffentlicht wird — wortwörtlich folgendes gesagt: „Im Jahre 1922 bis in den Anfangen 1923 hatten wir in der österreichischen Partei eine Auffassung darüber, die eine Abweichung nach rechts dar-

stellte. Aber es ist ein Fehler, den wir alle machten, der übrigens auch in vielen anderen kommunistischen Parteien begangen wurde und möglich war, weil die damals gültigen internationalen Formulierungen nicht klar genug waren. Diesen Fehler haben wir alle schon 1923 korrigiert, allerdings mit vollster Klarheit erst nach der Erklärung der deutschen Oktober-Niederlage.“ Wogu ich noch feststellen will, daß der erste, dem die Augen über die unrichtige Auffassung der Lösung der Arbeiterregierung in der Partei aufgingen, die Genossen Koplenig und Horni gewesen waren.

4. Wirkliche Fehler in Bezug auf gewisse untergeordnete Gewerkschaftsfragen.

Im Herbst 1923 sind mir gewisse Fehler in einigen untergeordneten gewerkschaftlichen Fragen unterlaufen. Ich schlug nämlich der Parteileitung ein Regulator über den Dienst und die Kassageabteilung der Gewerkschaftsabteilung vor, welche in der Tat zu sehr ins Detail gingen und daher eine zu starke Beengung der Gewerkschaftsabteilung in der praktischen Arbeit zu Folge gehabt hätten. Diesen Fehler, den mir weder Hermann noch Koplenig vorhält, habe ich begangen, ihn aber bereits auf dem 6. Parteitag vor der Partei bekannt und korrigiert.

Nach dem 6. Parteitag.

1. Die Wahltaktik 1923.

Der Gedanke der Wahltaktik ist dem Kopf des Genossen Schömann entsprungen. Die Formulierung, die er seinem Gedanken gab, war aber sehr unglücklich, weil man daraus, gegen seinen Willen, die Pflicht herauslesen konnte, er wolle eine Bündnistaktik mit der S. P. Ich habe dann den Gedanken so formuliert, daß jeder derartige Vorwurf absolut ausgeschlossen war, daß jeder beim ersten Blick erkennen mußte, es geht nicht um irgendein Bündnis mit der S. P., sondern darum, der Partei für den Wahlkampf eine möglichst günstige Plattform zu schaffen. Diese Taktik schlugen wir der Partei vor, die große Mehrheit der Partei entschied sich dafür. Bei der Erweiterten Exekutive 1923 in Moskau wurde unser taktischer Vorschlag abgelehnt. Es fiel der Erweiterten Exekutive aber nicht ein, unseren taktischen Vorschlag als unkommunistisch oder als rechte Abweichung zu bezeichnen. Wir alle haben den Beschluß der Erweiterten Exekutive zur Kenntnis genommen und bemerksprechend auch alle zusammen den Wahlkampf geführt. Heute ist die überwältigende Mehrheit der Partei, ich glaube sogar die gesamte Partei, der Ansicht, daß wir im Wahlkampf mit Erfolg abgefeuert hätten, wenn unser taktischer Vorschlag angenommen worden wäre. Von einem politischen Fehler meinerseits ist also auch hier keine Rede.

2. Angebliche zweideutige Einstellung zum Brandlerismus.

Ich habe von allem Anfang an in der Frage Brandlers folgenden Standpunkt eingenommen: „Brandler ist eine Reihe allerhöchster politischer Fehler begangen, die K. hat sie festgestellt, aber Brandler ist kein Brandler, denn sonst hätte die K. ausgeschlossen.“ Dem Gen. Hermann ist das ungenügend: „Ich mußte mindestens die Gründe kennen, daß ich in der internationalen rechten Fraktion der K. tätig gewesen sei, hier handle es sich um die sachlichen Auseinandersetzungen über grundsätzliche Differenzen.“

Mit Brandler, Genosse Hermann, mir ist von den „Gründen“ nichts bekannt und es ist ein sehr hartes Urteil, mit „Gründen“ zu operieren, in der Hoffnung, daß vielleicht doch etwas Neben steht. In solchen Fragen, Genosse Hermann, heißt es Taktik anzuwenden. Wer da mit „Gründen“ operiert, der soll nicht flunkern von „sachlicher“ Auseinandersetzung, noch dazu über „grundsätzliche“ Differenzen. Welche grundsätzlichen Differenzen?

Um alles angeblichen „Gründen“ die Möglichkeit zu nehmen, sich anzupassen in die Form für den Lieblingsschaden der Aufstellung eines politischen Fundament zu finden, stelle ich fest: daß mir über die Existenz einer internationalen rechten Fraktion konkrete Tatsachen überhaupt nicht bekannt sind und daß ich daher mit irgendeiner wie immer gearteten internationalen rechten Fraktion nie das geringste zu tun hatte und nicht das geringste zu tun habe. Die „Gründe“ des Gen. Hermann sind keine Gründe, nur möge er nicht vergessen, daß die Konjunktur für derartige Mißnahmen bereits vorüber ist.

Gen. Koplenig, Hermann und ihre Freunde gehen nun sogar soweit, mich als „rechte Gefahr“ zu bezeichnen, d. h. sie behaupten, ich vertrete in Theorie und Praxis bewußt oder unbewußt politische Auffassungen, die die K. in das Lager der Sozialdemokratie führt. Der denkbar schwerste Vorwurf, der einem Kommunisten gemacht werden kann. Die Genossen werden nicht umhin können, eine solche Behauptung konkret politisch zu beweisen. Dieser Beweis wird ihnen nicht in einem einzigen Punkte gelingen und ihre Behauptungen werden sich als das erweisen, was sie sind, als Fiktion.

Ich habe alle politischen Fehler, die mir Koplenig, Hermann und Genossen vorhalten, Punkt für Punkt bekannt und klipp und klar bewiesen, daß ich die mir konkret vorgehaltenen Fehler nicht begangen habe. Es wäre natürlich verneinen von mir, zu behaupten, daß mir überhaupt keine politischen Fehler unterlaufen sind und das ist in unserer Resolution zum Tätigkeitsbericht ausdrücklich festgestellt. Aber die von Koplenig, Hermann und Genossen konkret genannten politischen Fehler habe ich nicht begangen. Und so sehr ich bereit bin, ohne weiteres jeden politischen Fehler, den ich wirklich begangen habe, vor der Partei zu bekennen, so bin ich doch zu unbedarft, um politische Fehler, die ich nicht begangen habe, zuzugeben.

Erklärung der Grazer Organisation siehe auf Seite 8.

Habe ich die politischen Fehler, die mir vorgehalten werden, begangen?

Von Josef Frey.

In unseren Taktikheften heißt es: „Selbst das Jahr 1922, das Jahr vor dem 6. Parteitag, wo ein merkwürdiger Aufstieg zu verzeichnen war, war nicht frei von manchen Unklarheiten und manchen Fehlern.“ Verschiedene Genossen der Parteivorstandsmehrheit sind aufgetreten, daß das nicht genüge. Ich hätte eine ganze Reihe von politischen Fehlern begangen und ich müßte sie nun vor der Partei bekennen. Wäre diese Genossen recht haben, so werde ich die betreffenden politischen Fehler selbstverständlich vor der Partei bekennen, korrigieren und das wird dann auch in unsere Resolution zum Tätigkeitsbericht kommen. Ich habe die Genossen ersucht, vor der Partei ganz konkret zu sagen, welche politischen Fehler ich nach ihrer Ansicht begangen habe. Der Genosse Koplenig hat in einer Reihe von Versammlungen der Parteivorstandsmehrheit und schließlich in der „Note Hahn“ vom 10. September mir eine Reihe von Fehlern vorgehalten. Soweit es sich um allgemeine Nebenheiten handelt, werde ich darauf selbstverständlich erst eingehen, bis die betreffenden Genossen konkrete Unterlagen für ihre Behauptungen vor die Partei stellen. So spricht zum Beispiel Genosse Hermann von „machtpolitischen und egoistischen Einstellungen zum Führerproblem“, von „Kaisertrophäenpolitik“, von „Unklarheit“ bis zur Herausarbeitung eines neuen Parteiführers“ und Genosse Koplenig hält mir in unzulässigen Variationen alle möglichen „schematischen Auffassungen und Einstellungen“ vor. Das sind Phrasen, solange nicht konkret gesagt wird, worin der betreffende Fehler besteht und konkret gezeigt wird, daß diese Fehler ich begangen habe und wo und wann ich sie begangen habe. Auf Phrasen antworte ich nicht.

Ich will nun die mir vorgehaltenen Fehler chronologisch behandeln und zum Verständnis folgendes voraussetzen:

Man muß bei der nachfolgenden Darstellung unterscheiden: 1. die Zeit vor dem 6. Parteitag: damals gab es den Parteivorstand an und war seit etwa Mitte 1922 Vorsitzender des politischen Büros; 2. die Zeit nach dem 6. Parteitag war ich von jeder leitenden Parteiarbeit vollkommen ausgeschlossen und bin dann schließlich vom 13. Oktober 1923 bis 23. August 1925 nicht in Österreich, sondern im Ausland tätig gewesen.

Nach dem 6. Parteitag.

1. Angeblich falsche Einstellung in der Organisationsfrage.

Es ist wahr, den Genossen zum alten Organisations-Jahr habe ich ausgearbeitet. Er wurde in langen Beratungen

Korreferat zum Bericht.

Gen. Frey.

Vor Eingang in sein Korreferat beauftragte Genosse Frey die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der von Gen. Hermann behaupteten „Verüchte“, daß er „in der internationalen rechten Fraktion tätig gewesen“ sei. (Von der Behandlung dieses Antrages wurde Abstand genommen, da der internationale Vertreter fand, daß hierzu kein Anlaß gegeben sei.)

„Ich will mich auf die Periode seit der Verschiebung des Parteitagess konzentrieren. Es hat sich da etwas abgespielt, was nicht allen verständlich war. Ich möchte dazu beitragen, daß ihr mit etwas mehr Ruhe diese Dinge verstehen lernt. Nehmen wir die Geschichte unserer ungarischen Bruderpartei seit 1918 bis 1925. Damals entbrannte in unserer ungarischen Partei ein heftiger Fraktionskampf.

Haben die Fraktionskämpfe in der ungarischen Partei die R.P. geschädigt? Ja! Aber, Genossen, kann man sagen, daß irgend einer dieser ungarischen Genossen ein Verbrecher war? Die ungarische Partei kann das mit bestem Gewissen bezeichnen. Verbrecher waren nur die wenigen, die aus etwas Ehrgeiz gesteuert haben, und die sind längst weg, aber die große Masse der Genossen hat an alles ehrlich geglaubt, wofür sie gekämpft hat. Trotzdem die Kommintern sich intensiv mit dieser Frage beschäftigt hat, ist es ihr weder im ersten, zweiten und dritten Jahr gelungen, eine Versöhnung herbeizuführen. Warum nicht? Weil erst ganz bestimmte Erfahrungen sich ansammeln mußten, bis die Zeit gekommen war, wo eine Versöhnung stattfinden konnte. Und dann endlich nach vier Jahren kam die Versöhnung. Kann man sagen: entweder war alles Blöde oder ihr seid charakterlos? Es war nicht Blöde, denn die Genossen haben all das geglaubt, wofür sie gekämpft und erst allmählich wurde auf beiden Seiten erkannt: das war falsch und das war falsch. Und es war nicht charakterlos, sondern charaktervoll, nachdem man auf beiden Seiten die Irrtümer erkannt, einander die Hände zu reichen.

Am Beispiel der ungarischen Partei kann mancher von euch die Überzeugung gewinnen, daß der persönliche Standpunkt, von welchem aus ihr alles beurteilt, nicht richtig ist. Und ich glaube, wenn ihr die Vorkommnisse der ungarischen Partei heranzieht, so glaube ich, werdet ihr eine richtigere Einstellung gewinnen.

Die Hauptfrage ist: worin besteht das Wesen der Parteikrise? Wird er Auffassung ist, daß diese zweieinhalbjährige Krise in politischen und persönlichen Differenzen der Führer bestand, der versteht die Krankheit der Partei überhaupt nicht. Darin, daß unsere Mitgliedschaft zwar einzig ist aber den Kommunismus als Ziel, die proletarische Revolution als Weg und die proletarische Diktatur als Mittel, daß aber fast jedes einzelne Mitglied über den nächsten Schritt der Partei eine andere Meinung, in dieser großen ideologischen Verwirrung der Gesamtpartei, darin liegt das Wesen der Krise. Das hat zwei Ursachen. Die eine Ursache liegt in der etwas vorzeitigen Gründung der Partei. Die zweite Ursache liegt darin, daß durch zweieinhalb Jahre die Diskussion in der Partei unterdrückt war.

Wenn wir die Frage stellen, wie diese ideologische Verwirrung überwinden, kommen wir zur Antwort: diese Überwindung ist nur möglich, durch breite, kameradschaftliche, freiwillige Diskussion, welche die Aufgaben der Partei im Lichte der Erfahrungen der Vergangenheit prüft und in deren Verlauf sich im Laufe von vier bis sechs Wochen eine halbwegs einheitliche ideologische Auffassung bildet, die dann der Parteitag klar und scharf zusammenfaßt. Die Frage der Diskussion war die Frage der Lage der Partei seit der Parteiverschiebung. Daran hat sich schließlich die Umgruppierung der Kräfte innerhalb der Partei vollzogen.

Bis zum Tage der Verschiebung war ich mit meinen Freunden der Auffassung, daß die damals führende Gruppe im Parteivorstand trotz mancher politischer Fehler, trotz politischen Versagens, im Kernpunkt eine fortschreitende Gruppe war. Als aber diese Gruppe den Parteitag zu dem Zwecke verschob, um einen zeitlichen Epitaphium zu schaffen für eine solche Diskussion, als aber Woche um Woche verging und die Diskussion praktisch unterdrückt wurde, da sagten wir uns: Ihr müßt die ethische Mäßigkeit haben, ihr seid politisch Gegner der Parteiklärung. Wer in dieser Frage nicht für ist, wie immer das Argument zum Parteivorstand gewesen sein möge, auch wenn er der beste Freund sei, in diesem Momente ist er ein Gegner der Klärung und der Gesundung der Partei. Dadurch hat sich das Verhältnis zur Mittelgruppe grundlegend

geändert. Da die Sabotage der Diskussion durch die Gruppe Hermann-Tomann gescheitert wurde, mußte auch das Verhältnis zu diesen Genossen sich grundlegend ändern. Denn, wer in dieser Frage gegen war, machte er auch der beste Freund sein, der war falschlich gegen die Klärung, gegen die Gesundung der Partei.

Umgekehrt veränderte sich dadurch auch das Verhältnis zwischen uns und den Genossen Tomann und Fortschöner und deren Freunden. Woche es auch 34 Stunden vorher gewesen sein, wie immer, in dem Momente, wo sie sich in der Kardinalfrage der Diskussion mit uns gleich einstellten, war eine Kampf-kameradschaft möglich; natürlich mußte noch ein zweites dazu kommen, die Einigung auf politischer Basis. Ihr begreift das, Genossen. Es ist aber so geschehen. Ihr sagt, die Einigung war persönlich. Eure Auffassung ist einseitig, denn euch fehlten die Voraussetzungen zu einem richtigen Urteil. Wäre die Diskussion seit Verschiebung des Parteitagess gelaufen, dann wäre der ganze Prozeß organisch verlaufen. Ja, ohne genügende ideologische Vorbereitung ist die Einigung erfolgt. Aber wer hat das verhindert? Die Parteivorstandsmehrheit, indem sie die Diskussion verhinderte. Und um desto willen, weil sie das tat, hätten wir nach zweieinhalb Jahren noch warten soll, obwohl die Zeit reif war? Nein!

Die Einigung ist völlig auf proletarischer Grundlage erfolgt. Ihr behauptet das Gegenteil und begründet das mit dem einzigen Argument, die Frage der außenpolitischen Orientierung sei von uns ausgeschlossen worden. Nun, man mag in der außenpolitischen Frage dieser oder jener Meinung sein, das eine ist unbestritten, daß eine positive Entscheidung nur nach gründlichster Prüfung möglich, daß also die Herbeiführung vollkommen gerechtfertigt ist.

Nun sagt ihr aber, warum nicht früher? Ich verweise auf die ungarische Bruderpartei und wiederhole, was ich früher gesagt habe, es war keine Blöde und keine Charakterlosigkeit.

In diesen letzten Wochen ist eine ungeheure Verwirrung in der Partei eingetreten. Warum? 1. Weil durch fünf Wochen die Diskussion unterdrückt wurde. 2. Dadurch, daß der Mitgliedschaft zwei Wochen vor dem Parteitage neue, völlig geänderte Thesen vorgelegt wurden. Ist ein großes politisches Ereignis erfolgt, das so gewaltige Veränderungen in der politischen Auffassung binnen so kurzer Zeit rechtfertigen? Der Parteivorstand hätte zugleich mit der Veröffentlichung der neuen Thesen erklären müssen, wozu und weshalb er seine politische Auffassung innerhalb acht Wochen geändert. Nun ist noch ein Drittes eingetreten. Wir hatten am 30. August die gemeinsamen Thesen Frey-Fortschöner-Tomann vorgelegt und am 2. September kamen die Thesen des Parteivorstandes. Beide wurden zugleich veröffentlicht am 2. September. Nun, Genossen, kommt die entscheidende Sache in der letzten Verwirrung. Die Genossen, die dies geleistet haben, haben gesagt: Hier ist ja gar kein Unterschied, also geht es nicht um eine einheitliche Sache, sondern nur um eine persönliche. Wir haben in diesem Artikel die Differenzen gründlich analysiert, er hätte kurze Zeit vor dem Parteitage erscheinen sollen. Das ist nicht geschehen. Aber es sind ernste politische Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Thesen, die Taktikdebatte wird das zeigen.

Wenn wir die Grundfassung haben, daß die Krise in der Verwirrung der Partei besteht, dann würde im Widerspruch damit stehen, daß die Einigung schon die Gesundung der Partei sei. Unsere Einigung war nur ein erster Schritt, das war uns klar. Der zweite Schritt mußte die Einigung mit den anderen Genossen sein. Wäre die Diskussion nicht unterdrückt worden, so ständen wir heute ideologisch so weit, wir ständen von allem Anfang auf dem Standpunkt der Gesamteinigung, aber auf dem Wege der politischen Klärung und wir stehen auch noch heute auf diesem Boden der Zusammenarbeit aller, trotzdem ein Teil der Genossen von der anderen Seite aufgetreten ist. Man müsse die und die Genossen ausschalten. Der Genosse der Kommintern hat uns heute das englische Beispiel vorgeführt. Dieses Beispiel ist einleuchtend, daß wir alle uns auf diesem Boden stellen und auf diesem Boden zusammenarbeiten müssen.

Welche Stellung haben wir zur politischen Tätigkeit des Parteivorstandes? Wir stellen fest, daß dieser Parteivorstand eine besolarte Partei übernommen hat, daß er mit den Auswirkungen der Fraktionskämpfe zu tun hatte und daß er trotzdem Positives geleistet hat. Er hat frische Luft in die Partei gebracht und hat auch theoretisch eine größere Klärung vollzogen. Aber wir sehen andererseits: Politisch sind eine ganze Reihe schwerer Fehler unterlaufen und vor allem in der praktisch-politischen Durchführung der Linie hat dieser Parteivorstand versagt. Der politische Einfluß ist zurückgegangen und geht noch weiter zurück.

Daraus muß die Hauptaufgabe für die nächste Zukunft gezogen werden: Nicht nur gedankliche Erarbeitung der richtigen Linie, sondern auch und vor allem praktisch-reichliche Durchführung der richtigen Linie. Nur das bringt Erfolg.

Genosse Frey:

Der Versuch, durch den trüben Schaum aller persönlichen Begleiterscheinungen hindurch den tieferen politischen Sinn der Vergangenheit zu erfassen, ist nach den ersten Anläufen reden geblieben. Je weiter, desto mehr hat sich die Debatte auf ein Gebiet begeben, auf dem eine politische Auseinandersetzung unmöglich ist: auf das Gebiet des Persönlichen. Auf dieses Gebiet wollen wir euch nicht folgen.

Nicht, als ob wir nicht Lust haben dazu manches zu sagen, vieles, sehr vieles zu widerlegen, aufzuklären, in anderem Licht zeigen zu können. Mehr noch, wir könnten den Spieß umdrehen und euch zeigen, daß es falsch ist, Sündenböcke zu suchen, daß vielmehr Jeder Grund hat, sich an seine Brust zu schlagen, die Beteiligten vor allem, aber auch die Passiven.

Aber aus zwei Gründen wollen wir auf diese persönliche Argumentation nicht eingehen. 1. Weil auch eine bloße Defensivtaktik uns in die ganz schiefe Situation bringen würde, als ob wir doch um jeden Preis uns herausarbeiten möchten, um etwa doch noch irgendwie diesen entsetzlichen Machtspiegel, an die Parteispiße zu gelangen, befriedigen zu können. 2. Weil wir glauben, damit hat Partei zu dienen und weil wir es auch euch erleichtern wollen, über diesen ganz solchen Standpunkt, über diese rein persönliche Betrachtung und Beurteilung politischer Dinge hinwegzukommen, zu der richtigen Einstellung zu gelangen, nämlich: politische Dinge politisch zu beurteilen.

Ich will nur das erste Argument der ganzen Debatte besprechen. Es wurde gesagt: Eure Einigung als solche war erfreulich, aber darum müßte man sich gegen sie kehren, weil sie eine Einigung sei zum Angriff, zur Spaltung der Partei. Das ist ein ernstes Wort. Prüfen wir.

Wir haben eine Resolution vorgelegt. Sie stellt fest: politische Fehler, Befolgen in der praktischen politischen Durchführung. Nicht ein einziger Redner hat das bestritten. Biegler hat das Gegenteil unterstrichen. Zugabe, daß die Entschuldigungsgründe für den AB. und gewisse seiner Leistungen etwas mehr hätten hervorgehoben werden sollen, zugegeben, daß die Fehler Freys etwas mehr hätten betont werden können — aber kann man sagen: die Vorlage dieser Resolution war ein Angriff, und gar ein Angriff zur Spaltung? Das geht über unser Fassungsvermögen. Wir hatten uns geeinigt, das war der erste Akt. Kommen wir nun sofort den anderen um den Hals fallen? Das war politisch unmöglich. Sondern erst mußten vor der Partei die politischen Meinungsverschiedenheiten bereinigt und daher zunächst einmal beseitigt werden. Das politische Mittel dazu war unsere Resolution zum Bericht und unsere Diskussionsheften. Wenn politische Meinungsverschiedenheiten sind, müssen sie durch Kritik und Diskussion gelöst werden, nur so konnte die Gesamteinigung, die wir vom ersten Augenblick an erstrebten, verwirklicht werden. Der Vorwurf also, unsere Einigung sei zur Spaltung der Partei erfolgt, ist unrichtig, ungerechtfertigt und ungerecht.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, die lange Debatte hat uns gezeigt, daß der Parteitag der Auffassung ist, daß unsere Kritik richtig ist, und daß die Haupterfahrung, die wir aus der Vergangenheit ziehen müssen, die ist, daß nicht nur die politisch-theoretische Klarheit entscheidend ist, sondern auch die Durchführung. Da seid ihr mit uns eines Sinnes. Da uns die formelle Abstimmung nebensächlich ist, ziehen wir unsere Resolution zurück.

Ich habe bewiesen, daß unsere Einigung nicht zur Spaltung erfolgt ist, sondern als erster Schritt zum zweiten Schritt, zur Gesamteinigung der Partei. Wie aber schaut die „Einigung“ aus, die ihr wollt? Ihr habt vom ersten Moment unsere Ausschaltung gewollt. Wir haben in den Mitgliederversammlungen gesagt, es ist eine Zusammenfassung aller Parteikräfte notwendig, um die Partei zu heben. Trotzdem habt ihr auf eurem Standpunkt beharrt, und ihr habt diesen Standpunkt auch heute. Dies sage ich nicht, um euch zu ändern, sondern ich sage: uns werft ihr Spaltung vor, wo wir vom ersten Moment sagten, wir wollen die Zusammenfassung aller Kräfte und ihr, die ihr vom ersten Augenblick sagtet, ihr wollt uns ausschalten, die ihr uns, wie der Verlauf der Tagung bisher gezeigt hat, auch tatsächlich ausschalten werdet, ihr habt den Mut, nun aufzutreten, vor den Augen der Gesamtmitgliedschaft, und zu behaupten, ihr, ihr wollei Gesamteinigung? Aber die Dinge stehen anders. Die Arbeiter werden urteilen nicht nach dem Mund, sondern nach den Tatsachen.

Nun zur Frage, die Gen. Biegler angeschnitten hat. Nach zweieinhalb Jahren Exil bin ich zurückgekehrt für die Dauer und werde dauernd hier arbeiten. Aber ich muß unumwunden folgendes sagen: Angesichts dieser wohlorganisierten Pogromhege, angesichts dieser systematischen Untergrabung des Vertrauens, durch eine persönliche Dege, die weit über die Grenzen der Partei vor die Öffentlichkeit getragen wurde, angesichts der Tatsache, daß man uns vor der Partei, vor der Arbeiterklasse hinstellt als Leute, denen es nicht um das Wohl des Proletariats, nicht um das Wohl der Partei geht, sondern um ihre eigene Person, bin ich der Auffassung, daß für absehbare, längere Zeit es mir unmöglich scheint, in der Parteispiße oder einer leitenden Stellung der Partei zu arbeiten. Ich glaube, daß dazu notwendig ist ein Vertrauen, ohne das die Arbeit ja undenkbar ist. Ich denke, Genossen, daß aber durch die Arbeit in der Partei, durch die praktische Arbeit, dieses Vertrauen, das erschüttert ist, wieder gewonnen werden kann, wieder gewonnen werden muß. Dies ist die Voraussetzung zu einer erfrischenden Arbeit. Ich glaube, das können wir uns sagen, wir haben eine schwere Zeit durchgemacht und haben sie durchgesehen und ich habe das den inländischen und ausländischen Genossen, die mir gesagt haben, mit der Partei sei nichts

zu machen, vielmals gesagt: daß die Genossen, die diese Zeit durchgehalten haben, trotz aller Fehler und Unklarheit ein gutes Fundament sind, und zugleich der Beweis, daß in der österreichischen Partei ein Kern vorhanden ist, auf dem gebaut werden kann. Und ich glaube, daß wir sagen können: Trotz der scharfen Kämpfe unter uns — wir haben uns gründlich die Köpfe zerzaust — und trotz aller Differenzen unter uns, werden wir eifern zusammenzuarbeiten für unser gemeinsames Ziel, für die gemeinsame Arbeit, im Rahmen der Komintern, im Rahmen, den die Partei uns stellt.